

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

155 (6.7.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MTTTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restante-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterfüllung des Zeitungsvertrages, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konten außer Kraft tritt die Erfüllungserklärung. Bei Verträgen über 12. 6. 1932. Die Verträge über 12. 6. 1932.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderschaft, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, wöchentlich 38 Pf. Leichter Lohn o. Obere Jahrelöhne 1,00 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Einzelverkauf wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postkonten 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1, 2, Waldstraße 28 o. General 1020/1021 o. Volkshaus-Platz 10. Druck: Hauptstr. 9. B.-Zellen, Jagdhausstr. 12. Redakt. Zellenstr. 2. Offiziell. Republikt. 8

Numer 155

Karlsruhe, Mittwoch, den 6. Juli 1932

52. Jahrgang

Mordpläne im Hitlerhaus

Stabschef Röhm sollte „gekillt“ werden

Röhm bestätigt das eidlich - Vertuschungsmanöver vor Gericht - Hitlers Leibanwalt auf beiden Prozessseiten

Sittliche Verwahrlosung und braune Mordpest

München, 5. Juli (Eig. Draht.) Wegen Anstiftung zum Mord wurde der nationalsozialistische Drogenfabrikant Danneberg vom Münchener Strafgericht am Dienstag zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Inhalt des Prozesses ist eine Affäre des Braunen Hauses und gibt einen charakteristischen Begriff von der verpesteten Stimmung, in der einflussreiche Größen der Hitlerbürokratie ihr politisches Sandkastenspiel betreiben. Der Mordplan kam im April dieses Jahres durch Enthüllungen der Münchener Post ans Tageslicht. Man griff auch die Polizei zu und verhaftete eine Anzahl Komplotzisten, von denen aber nur einer, der Fabrikant Danneberg, als Anstifter hinter den schwedischen Gardinen blieb. Alle übrigen wurden nach dem Verhör wieder freigelassen. Im Mittelpunkt der Anklage stand der Mordbrief des Danneberg, den er am 12. März dieses Jahres an den Korrespondenten Kasemann Horn gerichtet hatte. Dieser Brief, dessen Wortlaut nur Eingeweihten verständlich war, enthielt jene Mordromantik, die seit 1920 in den Köpfen der sogenannten Nationalsozialisten spukt. Er gibt dem Empfänger Aufschluss und Anweisung über die Umlegung des Stabschefs Röhm, seines Adjutanten du Moulin-Edart und eines gewissen Bell, der die beiden Erstgenannten vermutlich wegen ihrer „römischen Veranlagung“ erretzt haben soll. Als Umleger wurde der 23jährige St.-Mann Günther genannt, der sich 5 bis 6 handfeste „Spezi“ auszulassen hatte, um den Bell wegzuräumen. Besonders interessant ist, daß der Nazi-Reichstagsabgeordnete Major Buch in den Mordplan des Danneberg eingeweiht war. In dem Mordbrief wird er sogar als einer der Hauptbeteiligten der Umlegungsaktion gegen Röhm bezeichnet, der „bei Schwierigkeiten finanzieller Natur die Sache mit dem blauen Mann übernimmt“. Bei der Verhandlung wollte Bell von diesen Dingen allerdings nicht mehr viel wissen, aber Röhm sagte als Zeuge aus:

„Es ist meine feste Ansicht, daß tatsächlich geplant war, zuerst Herrn Bell, dann du Moulin-Edart und schließlich auch mich zu beseitigen, und ich habe die Auffassung, daß Herr Major Buch an der ganzen Angelegenheit nicht unbeteiligt ist.“

Trotz dieser Aussage legte das Gericht keinen Wert darauf, den Komplex Buch weiter zu verfolgen. Es beruhte auch außerordentlich merkwürdig, daß der Angeklagte Danneberg, der sich als gefährlicher Gegner führender Nazis betätigt hatte, durch einen Parteianwalt aus der Kanzlei Franz II verteidigt wurde. Das legt den Verdacht nahe, daß ein erschöpfender Einblick in den ganzen Zusammenhang dieser Verchwörung verhindert werden soll.

Die Münchener Post hatte seinerzeit im Zusammenhang mit den beschriebenen Vorgängen auch sehr greifbare Andeutungen über das Vorhandensein einer tückischen Stelle G. innerhalb der Nazi-Partei gemacht. Nichts lag näher, als daß das Gericht in diesem Prozeß sich auch gleich für diese dunklen Dinge interessiert hätte, durch die die ganze Mordaffäre im Braunen Haus hätte aufgeschlüsselt werden können. Die Aufklärung wäre um so leichter gewesen, als durch Vermittlung des Staatsanwalts hierfür zwei wichtige Zeugen namhaft gemacht und herbeigeführt worden waren: der mordbedrohliche Ingenieur Bell und der Reichsbannerführer Major Mauer. Der letztere war eigens mit dem Flugzeug aus Magdeburg zur Verhandlung herbeigeführt. Das Gericht tat aber der Nazi-Partei den Gefallen, sich nicht um diese Dinge zu kümmern, lehnt den staatsanwaltschaftlichen Antrag ab und versetzte auf beide Zeugen.

Mit diesem Ausgang des Prozesses ist eine Gelegenheit verpaßt worden, Klarheit in die Geheimnisse des Braunen Hauses zu bringen. Als Zeuge trat der Münchener Post die Mordpläne Dannebergs enthüllte, flüchtete Röhm, du Moulin-Edart nach Berlin, offenbar um die Furcht zu vermeiden, umgelegt zu werden. Herr Bell erschien im Auftrag von Herrn Röhm auf der Redaktion des Vorwärts und gab dort die Erklärung ab, daß tatsächlich Mordpläne gegen ihn, Röhm und du Moulin-Edart im Gange seien. Es steht also fest, daß Herr Röhm sich so sehr fürchtete, daß er eine sensationelle Flucht in die Öffentlichkeit antrat. Nach dieser Veröffentlichung ist es dann plötzlich ganz still um diese Affäre geworden.

Nun erlebt man, daß Herr Röhm, der nächste Vertrauensmann Hitlers und Stabschef der Braunen Armee, vor Gericht den ebenfalls sehr prominenten nationalsozialistischen Major Buch, den Vorsitzenden des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses beschuldigt, an Mordplänen gegen ihn beteiligt zu sein und daß der Mordanführer gegen Röhm von der Kanzlei des ebenfalls sehr prominenten Nationalsozialisten Franz II verteidigt wird. Das sind Zustände, wie sie sonst in keiner deutschen Partei möglich sind. Dieser Zustand läßt tief blicken! Es entsteht die Frage: Auf welcher Seite steht denn nun in dieser Angelegenheit Herr Adolf Hitler? Auf der Seite Röhm oder auf der Seite Buchs? Haben die Herren im Braunen Haus alle den Kopf in der Tasche, weiß sich jeder vor seinen nächsten Mitarbeitern fürchtet?

Jämmerlichkeit dein Name ist Deutsche Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei hat sich selbst entmannt. Aus Sorge, im kommenden Reichstag überhand zu nehmen, hat sie sich Eugenberger unterworfen. Gegen die Erklärung, daß sie nur für eine Reichsregierung eintreten werde, sind ihr acht Sitze auf der deutchnationalen Reichstagsliste gnädig zugestanden worden. Man erhebt daraus, daß die Volkspartei maximal mit etwa 600.000 Stimmen im Reich rechnet. Das Erb-Strasemanns ist reiflos verstan, der letzte kümmerliche Rest von Liberalismus ist zum Teufel, Dinaelben und sein Wälderbüchend marschieren am Schwanz der Unwissensstrigen!

Diese Selbstentmanntung hat eine ganze Reihe von volksparteilichen Politikern veranlaßt, aus der Deutschen Volkspartei auszutreten. Der Abgeordnete Dr. Krämer und der Verbandsvorsitzer Wechs haben in einem Schreiben an den Parteiführer Dingeldey betont, daß die enge Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen, die ja folgerichtigerweise zu einer Verschmelzung führen muß, für sie so bedenklich sei, daß sie aus der Partei austreten müßten. Dilemmen Beispiel werden eine Reihe von anderen Politikern folgen, u. a. die Reichstagsabgeordneten Thiel und Glösel. Neben den Arbeitnehmern gehören also noch andere Kreise zur Opposition gegen Dingeldey, so vor allem die Beamten. Ueber die ausgeschiedenen Abgeordneten kann heute noch nichts gesagt werden. Es ist wahrscheinlich, daß sie bei der Reichstagswahl ihren Freunden bestimmte Karrieren für andere Parteien geben werden. Die Auffassung der Volksparteier auf der Reichstagsliste der Deutschnationalen Volkspartei ist abgeklommen. Geheimrat Eugenberger hat den früheren Finanzminister Moldenbauer abgelehnt und schließlich der Kandidatur der Herren Dingeldey, Sugo, Morath und von

Staub, Dr. Zapf und einer Frauenvertreterin zugestimmt. Nicht einmal ihre Kandidaten dürfen sie selber aussuchen! Die Geschichte der Deutschen Volkspartei ist zu Ende. Ein unglückliches, aber wohlverdientes Ende!

Französisches Präsidenten-Pensionsgesetz

Paris, 5. Juli. Der Senat hat am Dienstag den bereits von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf verabschiedet, daß ehemalige Präsidenten der Republik, die sich um das Vaterland wohl verdient gemacht haben, eine jährliche Pension von 200.000 Franken und ihre Witwen oder minderjährigen Kinder eine solche von 100.000 Franken zugesprochen werden. Das Gesetz findet im Falle Poincaré und Doumergue Anwendung.

Niedrigere Zinssätze vorgeschlagen

Wahlschlutz der Londoner Stillhaltungskonferenz

WTB. London, 5. Juli. Die Londoner Stillhaltungskonferenz hat heute ihre Arbeiten abgeschlossen. Es wurde beschlossen, die Erörterungen über weitere Kürzungen auf die nächste Tagung, die am 1. Oktober stattfindet, zu verschieben.

Außer der offiziellen Tagesordnung wurde die Frage der Zinssätze für die deutschen Kredite erörtert. Es wurde beschlossen, daß die Delegierten ihren Bankensomitees in den einzelnen Ländern für deutsche Kredite die Anwendung einer niedrigeren Zinszahlung vorschlagen sollen.

Die Berichte über Umwandlung kurzfristiger Schulden in langfristige Anlagen gemäß den Bestimmungen des Abkommens ergehen, daß in dieser Richtung betrübender Fortschritt zu verzeichnen ist.

Neue Lausanner Vorschläge

Genehmigt Papen weitere Milliarden-Zahlungen?

Scheitert finanzielle Einigung an den politischen Forderungen?

Lausanne, 5. Juli. (Eig. Draht.) Den ganzen Tag über fanden Besprechungen zwischen Macdonald, Herriot und den deutschen Delegationsführern statt.

Der Unterhaltung lag ein englischer Vermittlungsvorschlag für die Lösung der Reparationsfrage zugrunde, der auf den englischen Wirtschaftsführer Layton zurückgeht. Von deutscher Seite wird erklärt, der Plan gehe etwas über den ursprünglichen deutschen Vorschlag hinaus. Man sei auf die Ausgabe von Reichsschatzbons zurückgekehrt und habe die Idee der Ratenzahlungen in Annuitäten fallen gelassen. Man hört hier bestimmt, daß der Plan Laytons im wesentlichen in einer Teilung der gesamten Währungssumme besteht, und zwar so, daß eine Rate von 1,6 Milliarden ausgegeben werden soll mit einem festen Ausgabefuß von 90 Prozent. Eine zweite Rate von einer Milliarde mit einem Ausgabefuß von 95 Prozent habe Deutschland zugestimmt.

Er bildet augenblicklich den Gegenstand einer Unterhaltung zwischen Herriot und Macdonald, von der es abhängt, ob eine Einigung möglich sein wird. De facto bedeutet der Plan ein Memorandum für Deutschland, da der feste Ausgabefuß und die Garantie für eine Ausgabe erst bei wirtschaftlicher Tragbarkeit Deutschlands Kreditlage nicht belasten und bei seiner augenblicklichen Zahlungsunfähigkeit eine Behebung nicht hergestellt werden kann. Die Sicherheit liegt für diesen Plan am Ausgabefuß selbst, der garantiert werden muß. Es ist ferner eine Klausel vorzulesen, daß bei einer Nichtunterbreitung in zehn Jahren die Bonds gestrichen werden müssen.

Die englische Delegation ist ebenfalls für diesen Plan. Zu den 2,6 Milliarden, die mit 5 Prozent verzinst und mit 1 Prozent amortisiert werden sollen, kämen noch die insgesamt 230 Millionen bestehender deutscher Leistungen für den Dienst aus der Dawesleistung mit 85 Millionen, der Vorkriegsleihe mit 64 Millionen, der belgischen Marktablösung mit 23 Millionen und der Gesamtabschätzung für Amerika mit 41 Millionen Goldmark. Vor allem wird von deutscher Seite hervorgerufen, daß es nützlich sei, die Annuitäten gesunken zu lassen und Schuldverpflichtungen des Reiches dafür einzusehen. Die Frage der Schöpfung ist noch ungeklärt. Dagegen

betonen die Deutschen, daß die Schlüsselrolle für die Reichsschatzbons wichtiger sei als die Schöpfung.

Es liegt auch noch ein Vermittlungsvorschlag vor, um der französischen Delegation die Annahme zu erleichtern. Er besteht in der Möglichkeit einer Staffelung für die Verzinsung der Reichsschatzbons, die so gebacht ist, daß man die erste Tranche vielleicht mit 6 Prozent ausgeben könnte und die weiteren Verzinsungen hinab bis zu 4 Prozent.

Die Deutschen haben ebenfalls bei ihren Vorschlägen eine Reihe von politischen Forderungen, und zwar die gleichen, wie sie kürzlich in den deutschen Gegenvorschlägen gemeldet wurden, geltend gemacht. Herriot erklärte beim Herauskommen aus der Unterredung mit Macdonald am Spätnachmittag, Frankreich könne sich unter keinen Umständen auf diese politischen Forderungen einlassen.

Neue Versteifung

Herriot lehnt politische Konzessionen ab

WTB. Lausanne, 5. Juli. Nach Informationen aus französischer Quelle hat Herriot nach seiner Rückkehr von seinem Besuch bei Macdonald erklärt, die Summe bei dem gegenwärtigen Vorschlag sei minder wichtig, dagegen werde er es unbedingt ablehnen, in der Frage der Wünsche über die politischen Forderungen zu verhandeln, die von deutscher Seite gestellt wurden. Es dürfte sich im wesentlichen um Wünsche in Bezug auf die Abfertigung der Reparationsfrage handeln, da die Frage des Teiles VIII des Versailler Vertrags einschließlich des Artikels 231 (Kriegsschuldfrage) in einem direkten logischen Zusammenhang mit der Endregelung der Reparationen steht.

Für die oben erwähnte Auffassung im französischen Lager scheint allerdings die Tatsache zu sprechen, daß Herriot Paul Boncour gebeten hat, sofort nach Lausanne zu kommen.

WTB. meldet weiter: Es ist eine erhebliche Versteifung eingetreten, deren Herbeiführung durch Herriot sich vielleicht dadurch erklärt, daß er zur Ueberzeugung gekommen ist, auf dem Gebiete der Zahlen mit den französischen Forderungen nicht weiter zu kommen. Es werden deshalb noch fadenscheinigere Gründe als bisher hervorgehoben, um das zwischen Macdonald und den deutschen Delegierten besprochene Kompromiß als unannehmbar bzw. in allen Teilen indistinkabel zu bezeichnen.



Stärkt die Eiserne Front!

Von Helmut Bollweiler.

Am 31. Juli wird das deutsche Volk eine politische Entscheidung von unabsehbarer Tragweite zu fällen haben. Die Repräsentanten der deutschen Gegenrevolution — Adol, Großgrundbesitzer, Schwerindustrielle, Generale und sonstige Elemente der großbürgerlichen Feudalität — hoffen mit Hilfe eines nationalsozialistischen Wahlsieges die durch die Revolution zertrümmerte Macht der alten Herrenklassen wieder aufzurichten zu können. Der unterhalb der politischen Oberfläche mit allen Mitteln der Intrige und der Gemeinheit betriebene Sturz der Regierung Brüning, die Auflösung der Volksvertretung und die Bildung eines feudalen Kabinetts der reaktionären Konzentration — das waren die ersten sichtbaren Schritte auf dem Wege zu diesem Ziel.

Nach der Verfassung bedarf das Kabinett der Barone, um im Amte bleiben zu können, des Vertrauens des neu zu wählenden Reichstages. Es wäre falsch und gefährlich, die eigentlichen Regisseure dieses reaktionären Sabanauspiels, die treibend hinter der Politik des neuen Kabinetts stehen, für so dumm zu halten, daß sie diesen ungeheuerlichen Schlag gegen die Interessen des wertvollen Volkes ohne sehr konkrete Aussichten auf eine parlamentarische Mehrheitsbildung und damit auf das Zustandekommen des notwendigen Vertrauensvotums gewagt hätten. Wären die eigentlichen Anhänger der Reaktion — in politisch und gesellschaftlich engstem Sinne — ausschließlich auf ihre eigene politische Macht und auf ihre eigene zahlenmäßige Stärke angewiesen, so würden sie weder innerhalb noch außerhalb des Rahmens der bestehenden Verfassung selbständig in der Lage sein, die Wiederaufrichtung des alten Klassenstaates gegen den Willen des wertvollen Volkes durchzuführen; denn die keinen reaktionären rechtsbürgerlichen Parteien, die für die vorbehaltlos und hoffnungslos Unterwerfung des Reiches in erster Linie in Frage kommen, sind in den Wahlen der letzten Jahre derart vernichtend aufgerieben worden, daß schon der Versuch, ausschließlich auf dieser, im kommenden Reichstag wohl kaum noch sichtbaren parlamentarischen Basis gegen die Arbeiterschaft und das katholische Bürgertum regieren zu wollen, als ein von vornherein sinn- und aussichtsloses Unterfangen erscheinen müßte.

Herr von Schleicher, — der nach dem Rücktritt des Reichswahlministers Ordner, als noch niemand ernstlich mit der Möglichkeit eines Sturzes der damaligen Gesamtregierung rechnete, den Eintritt in das Kabinett Brüning ablehnte und später der bestimmten Auffassung Ausdruck gab, die Regierung von Papen werde, wenn auch unter personellen Veränderungen, voraussichtlich einige Jahre am Ruder bleiben, — ist ein zu kluger und zu sehr berechnender Taktiker, als daß man von ihm irgend eine Fehlleistung gegenüber der Masse des deutschen Volkes nicht erwarten und in seiner Rechnung wohl ermögen. Anders ausgedrückt: Die Reaktion hätte ihr freibühnen Spiel niemals wagen können, wenn sie nicht von vornherein der Unterstützung einer politischen Massenpartei sicher gewesen wäre, die grundsätzlich bereit war, ihr das nach der Reichsverfassung eben nun einmal erforderliche Stimmvieh zu liefern, oder wenigstens im Parlament eine entsprechend wohlwollende Neutralität zu wahren. Die nationalsozialistische „Arbeiter“-Partei hat — daran ist trotz aller entgegengesetzten Wahlkampfparolen nicht zu zweifeln — gegenüber dem Kabinett der Barone, noch bevor es als solches etabliert war, in dieser Hinsicht bindende Zusicherungen abgegeben. Daß die Zusage künftiger nationalsozialistischer Tolerierungspolitik nicht umsonst gegeben wurde, beweist die Aufhebung des SA- und Uniformverbotes. Das veröffentlichte vertrauliche Rundschreiben des nationalsozialistischen Reichspropagandaleiters Dr. Viktor Goebbels: „Wir fordern Abrechnung mit den Verantworlichen für die 13 Jahre hinter uns, keineswegs aber für die Übergangszeit des Kabinetts von Papen. Nach Diskurteilen über das Kabinett von Papen hat sich ein Teil der Rechten in diesem Wahlkampf zu unterwerfen...“ spricht in diesem Zusammenhang ebenfalls Wände.

Die Parteien der Reaktion mußten, weshalb sie in Preußen den nationalsozialistischen Annahmestieggenwurf unterstützten, nach welchem bis zum Inkrafttreten eines endgültigen Annahmestieges — d. h. also praktisch für die Zeit des Wahlkampfes — schrankenlose Straffreiheit für alle aus politischen Motiven begangenen Delikte gewährt werden und richterliche Urteile der Nachprüfung durch einen Landtagsausschuß unterliegen sollen. Wiederzulassung der SA, schrankenlose Straffreiheit für jede Art des politischen Terrors für die Zeit des Wahlkampfes — damit hoffte die Reaktion den Weg für einen nationalsozialistischen „Wahlsieg“ frei machen zu können!

Keine Regierung, die aus eigenen Kräften eine parlamentarische Mehrheitsbildung anstrebt, könnte es wagen, die ungeheuerlichen Maßnahmen an die Öffentlichkeit zu treten, wie es mit der letzten Notverordnung geschehen ist. Niemand hätte die eigentlichen Kalkulationen der Reaktion für so dumm gehalten, daß sie nicht wüßten, daß fast ausschließlich nur die beispiellose wirtschaftliche Not, und das damit zwangsläufig verknüpfte seelische Elend der breiten Masse, nicht zuletzt aber auch die innere Haltlosigkeit eines verzweifelt um sich schlagenden Kleinbürgertums die wahren Triebkräfte der nationalsozialistischen Bewegung sind. Man wußte, weshalb man sich nicht zu scheuen brauchte, unmittelbar vor den Wahlen durch ungeheuerliche Eingriffe in die vitalsten Lebensinteressen des wertvollen Volkes die Not, das Elend und die Verzweiflung noch weiter zu steigern.

Die NSDAP. braucht ja diese Not, braucht ja diese Verzweiflungsstimmung, wenn es ihr gelingen soll, weitere Millionen einem ulerlosen Nationalismus zuzutreiben und damit den Wahlausgang in einem für die Reaktion günstigen Sinne entscheidend zu beeinflussen.

Man sollte meinen: Auch der Dummste müßte dieses Spiel durchschauen! Das Gegenteil ist der Fall: Noch immer laufen Arbeiter, Handwerker, Bauern, Angestellte, Kleinrentner und Angehörige der unteren bürgerlichen Schichten in Scharen dem Nationalsozialismus zu. Ist ihnen die Tatsache, daß die Führerschaft der NSDAP. systematisch auf die Beseitigung der Volksvertretungen und auf die Errichtung einer Herrschaft des privilegierten Herrenmenschtums — d. h. also praktisch auf die gleichen Ziele wie die Reaktion! — hinarbeitet, oder ist ihnen die Tatsache, daß ein Mitglied des ehemals regierenden Hohenzollernhauses der nationalsozialistischen preussischen Landtagsfraktion angehört, eine Gewohnheit, daß die politische Führung der NSDAP. ehrlich entschlossen

Reichsgericht und Barone

Schlag gegen das Zentrum

Die Kölnische Volkszeitung auf 3 Tage verboten

Das Reichsgericht hat ein Verbot der Kölnischen Volkszeitung für zulässig erklärt. Es hält den Tatbestand einer Verächtlichmachung des Reichsanstalters und der Schädigung lebenswichtiger außenpolitischer Interessen des Reichs für gegeben. Hinsichtlich der Verbotsdauer hält es ein Verbot von drei Tagen für genügend. Das Verbot der Kölnischen Volkszeitung wird voraussichtlich gegen Ende dieser Woche in Kraft treten.

Fünf Tage Maulkorb für den Vorwärts, drei Tage Maulkorb für die Kölnische Volkszeitung! Das Kabinett der Barone hat mit Hilfe des Reichsgerichts seine beiden repräsentativen Zeitungsverbote, Sozialdemokratie und Zentrum sind die beiden großen Oppositionsparteien, an denen sich das Kabinett der Barone und seine Helfstreifen die Zähne ausbeihen werden. Die Hauptorgane dieser beiden Oppositionsparteien sind verboten worden. Das ist gewiß eine repräsentative Angelegenheit, und wir zweifeln nicht, daß der nationalsozialistische Bundesrat dafür ein großes Lob spenden wird. Das Zentrum ist unverkennbar in Kulturkampfstimmung, und wenn es etwas gibt, was wie Öl ins Feuer wirkt, so dieses Verbot des großen rheinischen Organs der deutschen Katholiken. Die Kluft zwischen dem Rheinland und der aus Ostpreußen stammenden Reichsregierung wird dadurch noch vertieft werden. Wenn die Reichsregierung so offenkundig ihre diktatorischen Absichten zeigt, so wird der Kompenswille der Opposition sich verbündet haben. Auf der Kundendemonstration der Berliner Arbeiterschaft

rief der Führer der Berliner Sozialdemokratie aus: „Herzlichen Dank dem Herrn v. Gaal für geleistete Wahlhilfe!“ Das Zentrum wird Herrn v. Gaal und Herrn v. Papen den gleichen Dank abstatten können.

Sachlich ist das Verbot der Kölnischen Volkszeitung so wenig gerechtfertigt wie das Verbot des Vorwärts. Und daß ein Senat des Reichsgerichts, noch dazu dieser 4. Strafsenat, bestimmen soll, was lebenswichtig innen- und außenpolitische Interessen des Reiches wären, das wird mit uns eine breite Öffentlichkeit ablehnen! Das Presseverbot ist nicht in den Blättern der Sozialdemokratie und des Zentrums zu finden, es kennzeichnet vielmehr die Organe der nationalsozialistischen Partei, jene Organe, denen die Kritik an der Regierung verboten ist, weil Herr Hitler mit dieser Regierung einen politischen Pakt abgeschlossen hat, der ihm die Verantwortung für die Notverordnung auferlegt. In diesen Organen lobt sich das Presseverbot aus und entbietet in widerlichster Form die innere Gemeinheit und das Untermenschentum, die in der nationalsozialistischen Partei zu Hause sind! Dort wird zum Nord gebetet, dort werden der Reichsregierung Pläne unterbreitet, die Verbrennen gegen Verfassung und Volk darstellen würden, ohne daß die Reichsregierung darin eine Verächtlichmachung oder die Gefährdung wichtiger innen- und außenpolitischer Interessen des Reiches erblickt.

Bolz über Zentrumspolitik

Brüning wollte mit der Rechten regieren — Zentrumstaktik: Die Nazis sollen mit an die Verantwortung

Stuttgart, 5. Juli. (Eig. Meldg.) Staatspräsident Dr. Bolz hat sich auf dem württembergischen Zentrumsparteitag, wie der jetzt vorliegende Wortlaut seiner Rede zeigt, eingehend über die Gründe und Begleitumstände des Brüning'schen Sturzes geäußert. Er sagte darüber folgendes:

„Brüning ist nicht gestürzt worden vom Volke (stürmischer Beifall), er ist nicht gestürzt worden vom Parlament (wiederholter langanhaltender Beifall), er ist überhaupt nicht gestürzt worden. Man hat ihm von heute auf morgen das Vertrauen entzogen und gesagt: Gehe, mache einem anderen Platz!“

Mancher wird fragen, warum hat Brüning, wenn an maßgebender Stelle der Wunsch bestand, die „nationale Opposition“ an die Regierung zu bringen, nicht mit der Rechten zusammengearbeitet? Darüber ein Wort der Aufklärung. Als Brüning Kanzler wurde, hatte er von Hindenburg den Auftrag, eine Regierung mit der Rechten zu bilden. Und Brüning hat den empfindlichen Verlust gemacht, zunächst einmal die Deutschnationalen mit in die Verantwortung zu bringen. Es ist ihm nicht gelungen. Die Versuche sind gescheitert an der „Klugheit“ eines Hugenberg. (Heiterkeit. Zuruf: „Sturzer Wod.“) Ich darf Ihnen noch weiter sagen: Der Reichspräsident selber hat mehr als einmal den Versuch gemacht, Hugenberg dazu zu bringen, in die Verantwortung zu gehen. Auch ihm ist es nicht gelungen. Brüning selbst ist ein Konfessionar, mehr rechts gerichteter Mann. Wenn es ihm nicht gelang, die Rechte an die Verantwortung zu bringen, so ist er nicht schuld daran, sondern der „plägende“ Parteiführer Hugenberg. Auch die Teilnahme der Nationalsozialisten an der Regierung war von Brüning ins Auge gefaßt. Nur wollte er zuvor die außenpolitischen Probleme, die er eingeleitet und vorbereitet hatte, gelöst wissen, und er wollte sich dafür das Vertrauen des Reichspräsidenten sichern. Dieses Vertrauen wurde ihm entzogen. Man hat ihm noch zugemutet, er solle vorher zur Sanierung der Finanzen und Sozialleistungen noch eine Notverordnung unterzeichnen. Man hat ihm zugemutet, er solle noch nach Kaufmann gehen mit dem Wagnis, das vorläufig nichts Positives herauskommt. Und dann sollte er gehen. Das hat der Kanzler nicht flug gebandelt, wenn er sagte: Ich lasse mich nicht für parteipolitische Zwecke der Rechten mißbrauchen.“

Ueber den Nationalsozialismus und die Stellung des Zentrums zu ihm äußerte sich Bolz wie folgt: „Der Nationalsozialismus will nicht alles lassen, daß er nur eine Sammlung aller Unzufriedenen sei. Er will anerkannt haben,

daß diese Massen zusammenströmen, um der neuen überlegenen Staatsidee des Nationalsozialismus zu huldigen. Er möchte, daß es so sei. Aber glaubt im Ernste jemand, daß eine neue Staatsidee im Nationalsozialismus das Leben, das Bindende sei? Glaubte jemand im Ernst, daß der ostpreussische Junker, der alte preussische General und der kommunistische Arbeiter von gestern sich zusammenfinden, weil sie im Nationalsozialismus eine neue überlegene Staatsidee finden? So möchten es die Nationalsozialisten wohl, aber es ist nicht so, und das ist die Schwäche des Nationalsozialismus, die sich voll offenbaren wird in dem Augenblick, in dem die Nationalsozialisten nicht mehr nur beten, nicht mehr nur verkünden, nicht mehr nur anfragen dürfen, sondern setzen müssen, daß sie das Schicksal des Volkes wenden können. Glaubte jemand, daß es der Diktator Bolz ist, der diese Massen zusammenströmen läßt? Ob sie es wollen oder nicht, ob sie es anerkennen oder nicht, der Wähler des Nationalsozialismus ist die Unzufriedenheit.“

Wenn der Nationalsozialismus in dieser Reichsregierung noch nicht sichtbar und formal vertreten ist, so hat das nur parteipolitische Gründe. Man wollte nochmals sehen können, aufreizen können, um Wählerlose zu haben. Daher kommt es auch, daß trotz den Abmachungen der Regierung mit der nationalsozialistischen Partei die Nationalsozialisten es fertig bringen, diese Regierung in der Öffentlichkeit vor den Wählermassen zu verleugnen.

So wie die innerpolitische Situation sich entwickelt hat, ist es auch unser Interesse, daß die Nationalsozialisten im Reich an das Ruder kommen. Wir wünschen, daß die Nationalsozialisten die Verantwortung für die Reichsangelegenheiten mit übernehmen.

Jetzt toleriert man eine Regierung Papen, man lehnt aber die Mitverantwortung ab, damit man vor dem Volk jederzeit sagen kann: Es geht uns nichts an. Wir wollen, daß die Nationalsozialisten an der Reichsregierung beteiligt werden, daß sie offen die Verantwortung übernehmen und daß dann endlich das kommt, was wir bis jetzt bei dieser Bewegung vermissten: daß sie ein positives Ziel aufzeigen muß. Bis jetzt hat sie gelebt vom Kriticismus, vom Anfeuern, vom Behen, vom Erzeugung der Unzufriedenheit. Sie hat aber nie gesagt, welches Programm sie zur Überwindung unserer Notlage hat und welchen Weg sie gehen will. Und den sollten sie jetzt dem deutschen Volke und ihren Wählermassen aufzeigen. Sie sollten jetzt in der Verantwortung stehen, was sie können und was sie nicht können.“

Die Schüßlinge der ostelbischen Barone

Wie sich die Demonstrationsfreiheit der Halenkreuzzombig auswirkt

Stuttgart, 5. Juli. (Eig. Bericht.) Aus Baidingen a. F. einem Stuttgarter Vorort, berichtet ein dortiger Hausbesitzer: „Am Sonntag vormittag gegen 11 Uhr besond ich mich mit meiner Frau und einem Freund auf meinem Anwesen beim „Jägerhof“. Wir waren eben dabei, die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold aufzuhissen. 600 bis 700 Nationalsozialisten waren in Uniform auf dem angrenzenden Platz (Zugang zum „Jägerhof“) aufmarschiert. Der Führer der Nazis rief uns in unterdrücktem Tone zu: „Ihr Herren, wolle ich die Flagge herunterholen?“ In ruhigem Tone erklärte ich, daß dies die Reichsflagge sei und daß sie auf meinem Grund und Boden wehe. Die Nazis riefen, das sei ganz egal und machten Miene, auf unser Grundstück zu kommen. Dabei hörten wir Rufe: „Salat sie tot, die Hunde! Wir jagen die Hölle in die Luft!“ Dem Führer war besonders unsere Reichsbanneruniform verhasst. Er erklärte in einer Ansprache: „Pronatoisch wolle hier die Fahne, die wir hassen!“ Auf seine Veranlassung wurden dann fotografische Aufnahmen gemacht, auch wurde erklärt, man werde unsere Namen feststellen. Mit Mühe und Not konnten dann der Führer die Nationalsozialisten von unserem Grundstück abhalten.“

Noch ein SPD-Organ verboten

Frankfurt a. M., 6. Juli. Das sozialdemokratische Frankfurter Parteiorgan, die Volksstimme, ist vom Oberpräsidenten von Hessen-Nassau auf die Dauer von fünf Tagen verboten worden. Das Verbot stützt sich auf einen Artikel der Volksstimme „nationale Wirbellosigkeit in Lausanne“, in dem eine Verächtlichmachung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten erblickt wird.

Der rasende Wahnsinn

Magdeburg, 5. Juli. Ein Angehöriger der SPD. wurde in der Nacht überfallen und durch einen Lungerstich schwer verletzt. Vier der Tat dringend verdächtige Personen wurden festgenommen.

Duisburg, 6. Juli. Dienstadt Abend kam es in verschiedenen Stadtteilen zu Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und politischen Andersdenkenden. Fünf Personen wurden durch Steinwürfe und Schläge verletzt, davon drei schwer, so daß sie dem Krankenhaus zuegeführt werden mußten. Von den insgesamt 26 Festgenommenen wurden fünf in Haft behalten.

Freistaat Baden

„Positive“ Niederträchtigkeit

Als der Kampf um die Kirchenwahlen einsetzte, richtete der Prälat der baden. Landeskirche einen Aufruf an alle Geistliche, das sie sich bei der Agitation in den Grenzen halten sollten, welche durch das Amt der Pfarrer und durch die Interessen der Kirche geboten sind. Wir sehen uns genötigt, in aller Öffentlichkeit unserer Empörung über die Niederträchtigkeit der Kampfmethode der Positiven Ausdruck zu geben.

In dem Wahlflugblatt der Positiven wird unter Bezugnahme auf den § 218 gegen Pfarrer Kappes der Vorwurf erhoben, daß er „für den Kindermord eintrete! Es wird ihm unterstellt, daß der Marxismus sein christliches Gewissen lähme, daß er in „Sorglosigkeit gegen die Forderung der sozialdemokratischen „Partei“ deswegen für die Abtreibung sei, und es wird mit der Feststellung, daß „die Kirche, die Pfarrer, die den § 218 des Strafgesetzbuches aufgehoben wissen wollen, nicht ertragen könne“, auf die Ablehnung unseres Genossen Kappes hingearbeitet.

Der Artikel im positiven Wahlflugblatt ist den „Monatsblätter der kirchlich politischen Vereinigung“ vom 5. 6. 32 entnommen und ist von Landeskirchenrat Bender in Mannheim, dem Führer der Positiven und Mitglied der Kirchenregierung unterzeichnet. Herr Bender will sich wohl damit an Pfarrer Kappes rächen, weil er ihn als den Verantwortlichen für die ungerechte Belegung der Mannheimer Pfarren angriff.

Die Grundlage für diese unwahren Behauptungen ist ein entstellter Bericht in einem württembergischen Kirchenblatt von einer Debatte über Sexualfragen bei der religiös-sozialistischen Tagung in Bad Boll, Pfaffen 1932. In einer Diskussionsrede hatte Pfarrer Kappes die Forderung aufgestellt, daß positive Mittel gesucht werden müssen, um die Not der Abtreibungen zu überwinden. Er hat dort solche Wege angedeutet und vor allem von der Kirche verlangt, daß sie sich nicht mit dem Strafparagrafen zufrieden geben dürfe, sondern daß gerade sie mit dem Suchen wirklicher Hilfen führend vorangehen müsse. Ein Strafparagraf, ohne daß man positive Wege zeige, sei sinnlos und wie die Erfahrung lehre, auch wirkungslos. Deswegen müsse er fallen.

Die Positiven haben von der Kirchenbehörde ein Disziplinarverfahren gegen Pfarrer Kappes gefordert. Eine Untersuchung wurde eingeleitet und verlief natürlich ergebnislos. Während die Nationalsozialisten durch eine Unterdrückung der ganzen Sache die Abhebung von Pfarrer Kappes erzwingen wollen, heben die Positiven auf diese unverantwortliche Weise die Kirchenbehörde an, gegen eine bewusste Erbschleichung nicht ein!

Wir haben es Herrn Bender nicht verzeihen, daß er mit denselben Mittel operierte, um unseren Genossen, Universitätsprofessor D. Winkler als Pfarrer in Karlsruhe unmöglich zu machen, als er sich um eine Pfarrstelle hier bewarb. Wir brandmarken ihn wegen dieser Niederträchtigkeit in aller Öffentlichkeit. Und wir brandmarken auch seine positive Kirchenpartei, daß sie solche Kampfmittel gebildet.

Alle Sozialisten, die in der evangelischen Kirche sind, fordern wir auf:
Stellt euch am 10. Juli geschlossen hinter unsere Führer!
Die Karlsruhe religiösen Sozialisten

Werbemarsh des Mannheimer Reichsbanners

Mannheim, 4. Juli. Den ersten Sonntag nach der Aufhebung des Verbots, gleichzeitig der erste Tag der vier Kampfwochen, während der die Eiserne Front feierlich den Einzug in Mannheim, benützte das Mannheimer Reichsbanner zu einem Werbemarsh seiner uniformierten Formationen. Auf dem U-Schulplatz traten die Mannschaften gegen einhalb zwölf Uhr an. Auch das Lubwigshafener Reichsbanner, das selbst gestern in der Vorderstadt überall Aufmärsche durchführte, hatte eine Abordnung entsandt.

Mit klingendem Spiel, Reichsbannerkapelle und Spielmannschor mit Fanfarenbläsern teilten sich in die Arbeit, ginas zuerst zum Kof-Platz, wo der Gauführer Dr. Helfenstein die im Bierzeh angeordneten Kameraden auf den Ernst der gegenwärtigen politischen Situation in prägnanten Sätzen hinwies. Zu Ehren der im Bürgerkrieg gefallenen Kameraden lenkten sich die Fahnen und die Musik spielte das Lied vom guten Kameraden.

Dann wurde der Umzug durch die Weststadt fortgesetzt. Brausende Freizeitsrufe, die sich immer wiederholten, kräfteten die in krammer Marschordnung anrückenden Schulolente. Vom Zeughausplatz bis zur Kunststraße nahm das Freizeitsrufen kein Ende. Überall, wo die schwarz-rot-goldenen Banner erschienen, die im Verein mit drei Bannern der Eiserne Front dem Zug voranzutragen wurden, las man Begeisterung aus den hellen Mienen der nach vielen Tausenden zählenden Zuschauer. Auf dem Godelsmarkt hielt Kamerad Dr. Höber eine kurze, wirksamste Ansprache, die oft von Freizeitsrufen unterbrochen wurde.

Ein wunderbares Bild der Disziplin und Kampfesfreudigkeit

gaben die Formationen beim Marsch um den Wallerturm. Der Werbemarsh wurde auf dem Marktplatz beendet, wo der Vorsitzende des Reichsbanners Ernst Roth in einer Schlussansprache noch auf den großen ersten Ablaufmarsch der Eiserne Front am kommenden Samstag hinwies.

Neutrale Stimmen zum Fall Gumbel

Das „System“ soll getroffen werden

Auf Grund der Behauptungen von drei nationalsozialistischen Studenten ist bekanntlich von der Universität Heidelberg ein Disziplinarverfahren gegen Professor Gumbel eingeleitet worden. Nach der zu Grunde liegenden Verordnung vom 13. Januar 1921 kann sein Ende nur Einstellung des Verfahrens oder Entziehung der Lehrberechtigung sein. Letztere Entscheidung setzt voraus, daß der betreffende Dozent „sich durch sein Verhalten in oder außer seinem Beruf der Achtung und des Vertrauens, die seine Stellung erfordert, unwürdig erweist“.

Der von der Universität eingeleitete Untersuchungsausschuss hat nunmehr seine Vernehmungen beendet und hat an Fakultät und Senat zu berichten. Doch wird der Inhalt seines Gutachtens, welches materiell die Entscheidung von Fakultät und Senat bereits präjudiziert, entziehend der ziemlich lidenhaft und nicht den modernsten Rechtsgrundsätzen entsprechend formulierten Verordnung dem Angeklagten nicht bekannt gegeben. Falls Fakultät und Senat übereinstimmend den Entzug der Lehrberechtigung fordern, entscheidet das Ministerium; falls keine Übereinstimmung erzielt wird, wird das Verfahren eingestellt.

Gleichzeitig mit dem Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen Gumbel hatte die Fakultät ein Disziplinarverfahren gegen die drei Studenten wegen Beleidigung dieses Dozenten beantragt. Doch wurde merkwürdigerweise zunächst das Verfahren gegen Gumbel durchgeführt und erst nach seinem Ergebnis soll gegen die drei Studenten, welche hier als Zeugen figurieren, eingeschritten werden. Von dieser Gehuld gegen die nationalsozialistischen

Studenten und Angeklagten gegen Gumbel hat die Universität ja bereits in den letzten Jahren genügend Beweise gegeben.

Wie man in vorurteilslosen Heidelberger Kreisen den Fall Gumbel beurteilt, zeigt folgende Erklärung des Pfälzer Boten im Anschluß an die Heidelberger Versammlung gegen Gumbel:

„Was die letzte Phase des Kampfes gegen Gumbel anlangt, so müssen wir sagen, daß wir gar keine Veranlassung haben, den Nationalsozialisten mehr zu glauben als Professor Gumbel. Denn wir haben in den letzten Jahren, was die „Anlaufschritte“ nationalsozialistischer Behauptungen anlangt, das Unlaublichste erleben müssen. Wir erinnern beispielsweise an die völlig abwegigen Behauptungen unsern habsburger Partei bei Dr. Höber gegenüber, für die der Redakteur des Führers in Karlsruhe, Dr. Wader, einer der Redner gegen Prof. Gumbel kürzlich vom Gericht ordentlich gestraft worden ist.“

Wie hat einer der Redner gesagt? So ungefähr: Die badische Regierung, die Gumbel so lange an der Universität wirken ließ, hat dies eben nur deshalb getan, weil sie des gleichen Geistes wie Gumbel ist. Man wollte damit zweifellos die Regierung beleidigen und verlangt nun von der gleichen Regierung, daß sie Gumbel fortweist? Wir hoffen, daß sich die Herrschaften ganz gehörig täuschen!“

Dieser Stimme des Heidelberger Zentrumsblattes wäre noch die neuerliche Hebe der nationalsozialistischen Heidelberger Studentenfeste gegen den bekannten Staatsrechtslehrer Prof. Anshüs anzufügen, mit dem man ähnlich wie im Falle Gumbel gleichzeitig das „System“ treffen will. Die Frankfurter Zeitung macht daher zu dem neuerlichen nationalsozialistischen Vorstoß gegen Prof. Anshüs folgende aufklärende Bemerkung: „Vielleicht erhält das Vorgehen gegen Anshüs eine weitere Erklärung dadurch, daß Anshüs der Vorsitzende des Ausschusses ist, dem gegenwärtig die Prüfung der Angelegenheit Gumbel obliegt. Es ist selbstverständlich, daß sich ein Mann wie Anshüs durch Einschüchterungsversuche von Studenten, denen jeder neue „Fall“ nur als Stoff zu wildester Fehde dient, in seinem Urteil nicht beeinflussen lassen wird.“

Aus aller Welt

Dank Deutschlands für die Unterstützung bei der Ausfindung der Flieger

CNS. Berlin, 5. Juli. Der deutsche Generalkonsul in Sidney ist beauftragt worden, der australischen Bundesregierung den Dank der deutschen Regierung auszusprechen, für die Unterstützung, die Australien bei den Nachforschungen und der Rettung der vermissten deutschen Flieger Bertram und Klausmann geleistet hat.



Die Flieger Hans Bertram (links) und der Monteur Klausmann aus Freiburg i. Br.

Nach sieben Wochen der furchtbaren Strapazen sind der Australienflieger Bertram und der Bordmonteur Klausmann in einem Eingeborenenort im Nordwesten Australiens aufgefunden worden.

Die Weltflieger Mattern und Griffin in Harbour Grace gelandet

St. Johns (Neufundland), 5. Juli. Die Weltflieger Mattern und Griffin, die heute morgen in Newport nach Harbour Grace, der

ersten Etappe des von ihnen geplanten Fluges um die Welt, gestartet waren, sind nach langem Umherirren im Rebel in Harbour Grace gelandet.

Willi Skarek hat das Urteil angenommen

CNS. Berlin, 5. Juli. Willi Skarek hat die gegen seine Verurteilung zu vier Jahren Zuchthaus angemeldete Revision zurückgenommen und erklärt, daß er das Urteil annimmt. Das Urteil ist damit rechtskräftig geworden.

Der Südamerikaner Nordenskjöld gestorben

Göteborg, 5. Juli. Der Südamerikaner Prof. Erlend Nordenskjöld ist heute Nacht im Alter von 55 Jahren gestorben. Nordenskjöld, ein Sohn des berühmten Polarforschers und Entdeckers der „Nordöstlichen Durchfahrt“, bereiste seit 1899 Patagonien, Argentinien, Bolivien und Mittelamerika. Er war u. a. Mitglied der Anthropologischen Gesellschaft zu Berlin und des Vereins für Völkerkunde-Leipzig.

Matujsha in Stein

Der vom Wiener Gericht zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilte Eisenbahnentzweiher Sulvester Matujsha wurde in die österreichische Strafanstalt Stein eingeliefert. Die Polizei mußte Matujsha vor Anbruch einer großen Menschenmenge beschützen.

Zusammenstoß mit Schmugglern

Danzig, 5. Juli. Danziger Schupolizeibeamter stieß in der vergangenen Nacht bei Neufahrwasser vier Alkohol- und Tabaksmuggler. Auf der Flucht wurde der eine Schmuggler erschossen, zwei konnten verhaftet werden, der vierte entkam.

Das Urteil im Beamtenbanprojekt

CNS. Berlin, 5. Juli. Die große Hilfsstrafkammer des Landgerichts verurteilte den Kaufmann Alois Reber, den Direktor der 1929 mit einem Verlust von 9 Millionen M. zusammengebrochenen Bank für Deutsche Beamte zu einem Jahr einem Monat Gefängnis und 11 000 M. Geldstrafe, den Kaufmann Walter Treumann zu sieben Monaten Gefängnis, den Wasser Caon v. Buchwald zu neun Monaten Gefängnis und den ungarischen Professor Jaques Kende zu zwei Monaten Gefängnis.

Grauenhaftes Verbrechen an einem fünfjährigen Mädchen

CNS. Berlin, 5. Juli. Der 23jährige Ernst Kühner aus Henningsdorf löste heute das Kind seiner Nachbarn, ein fünfjähriges Mädchen, in seine Wohnstube, wo er die Kleine bestialisch ermordete, nachdem er sich zuvor an ihr vergangen hatte. Kühner, der schon mehrmals wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft ist und erst vor acht Monaten aus dem Gefängnis kam, stellte sich selbst der Polizei. Die grauenhafte Tat dürfte er unter dem Einfluß von Alkohol begangen haben.

Warum gerade Salem,

würden Sie sagen, wenn hier nicht ganz Besonderes geboten würde.

Sie wissen aber warum.

Denn es ist

die milde SALEM 3 1/3



Das ist die Salem-Fabrik.

Tagesschau

Der Vorstand des Verbandes der Pressemitarbeiter, der sich bereits gegen die Zeitungsverbote unter der Regierung Brüning gewahrt hat, protestierte gegen die jüngsten Maßnahmen der jetzigen Reichsregierung gegenüber Blättern verschiedenster Richtung.

Reichspräsident v. Hindenburg ist in Begleitung seines Sohnes, Oberst v. Hindenburg, nach Schloss Neudeck abgereist.

Die deutsche Regierung wird den seit 1. August 1926 in Kraft befindlichen deutsch-schwedischen Handelsvertrag nebst zwei Zusatzabkommen kündigen, und zwar aller Voraussicht nach zu Ende Januar 1933.

Wie C.N.B. mitteilt, sind in Berlin die en gros-Schlächter zum Protest gegen die Schlachtsteuer in den Streik getreten.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik wurde in Paris der internationale Elektrizitätskongress eröffnet, an dem eine starke deutsche Delegation teilnimmt.

Münchens Eisener Front

Die Nazi-Meldungen Lügen gestraft

Nationalsozialistische und deutschnationale Blätter verbreiten Falschmeldungen über die Demonstrationen vom letzten Sonntag in München. Wir geben daher nachfolgend einen kurzen Originalbericht aus München wieder:

Unter der Maske eines sogenannten Gantages von Oberbayern wollte Hitler am ersten Sonntag, an dem die Junfer-Regierung ihm auch in Bayern die Uniform- und Propagandafreiheit verschafft hatte, die Straßen Münchens erobern. Dazu hatte er aus ganz Südbayern seine Notverordnungstruppen aufgezogen, sogar aus Württemberg, Baden und dem Rheinland trafen in den Morgenstunden zahlreiche mit Braunhemden besetzte Lastkraftwagen ein. Trotzdem brachte er es nicht auf die angekündigten 12.000 Mann. Die Nazileitung selbst gibt die Zahl der Beteiligten mit 11.800 an. Der Vorbemerkung des Tages in Bierereißen dauerte knapp dreißig Minuten, wobei in keinem französischen Kurschritt marschiert wurde — und in Abständen, die mitunter 200 Meter ausmachten.

Charakteristisch war, daß die Hitlergardien ihren Weg zu neun Zehnteln durch die Wohnviertel des vornehmen Bürgertums nahmen und sich durch die völlig unbewohnten Parkanlagen des Englischen Gartens wälzten. Die größte Enttäuschung bereitete den Nazis das Publikum, das den Zug überhaupt nicht begleitete und meist nur in losen Gruppen auf dem Bürgersteig die braunen Kolonnen ohne Zustimmung an sich vorbeiziehen ließ. Am Gegenab hierzu marschierte

Die Eisener Front,

die im letzten Augenblick eine Generation organisiert hatte, durch die dichtbesiedelten Straßen der Arbeiterviertel vom Stadtinnern, durch den Süden und Osten Münchens. Überall wurde die Demonstration der „Drei Feile“ von den wertvollen Massen mit spontanen Freizeitspielen begrüßt. An dem weitläufigen Aufmarsch beteiligten sich 20.000 Republikaner, während etwa die dreifache Menge die Straßen umlängte, durch die der Zug seinen Weg nahm.

Weitere schwere Naziferrorakte

Breslau, 4. Juli (S.P.)

Aus der Umgebung von Breslau werden außer den bereits gemeldeten furchtbaren Vorfällen bei Kadchütz weitere schwere Terrorakte der Nationalsozialisten gemeldet.

In Katteln, Landkreis Breslau,

veranstalteten die Nazis am Sonntag einen ihrer berüchtigsten „Braunen Tage“, an dem mehrere Hundert SA-Leute aus der Umgebung teilnahmen. Der Terror setzte schon am Samstag ein. Ein politisch uninteressierter Mann wurde von ihnen ohne jede Auseinandersetzung niederschlagen und übel zugerichtet.

Am Sonntag mittag schossen die Hakenkreuzler nach einer Fete des katholischen Jungfrauenvereins bei Zentrumsarbeitern die Fensterheiden ein. Dann versuchte das Nazigeheul bei sozialdemokratischen Arbeitern, die rot und schwarz-rot-gold geflaggt hatten, die Fahnen herunterzureißen.

Als ihnen das nur an einer Stelle gelang, drohten sie, am Abend ganz Katteln auszuräumen. Beim Einbruch der Dunkelheit wurde der Reichsbannertruppenträger angefallen und auf das roheste mißhandelt. Blinzel trug ernste Verletzungen am Kopf davon. Daraufhin machte die SA. Miene, das Haus des Gemeindevorsethers, in dem mehrere Sozialdemokraten wohnen, zu stürmen.

Die Nazis wurden von den sozialdemokratischen Arbeitern zurückgeschlagen. Auf beiden Seiten gab es einige Leichtverletzte.

Wie Zeugen bekundeten, ist der Überfall auf das Gemeindeamt von den SA-Leuten planmäßig herbeigeführt worden. Ein weiterer ernsther politischer Zusammenstoß ereignete sich am Sonntagabend 10 Uhr in der kleinen

Steinarbeitergemeinde Gorkan, Kreis Rimpfisch.

Dort überfiel ein Trupp von ortsfremden SA., der sich auf der Rückfahrt von einem Braunen Tag in Streblen befand, auf Kommando des SA.-Sturmführers Fellmann aus dem Nazi-Dorf Proug eine Gruppe von Arbeitern. Es entspann sich eine Schlägerei.

Ein Arbeiter-Samariter wurde schwer, fünfzehn Reichsbannerleute wurden leicht verletzt.

Da die Nazis von ihren Gegnern nicht abließen, wurde ein Überfallkommando der Polizei aus Frankenstein alarmiert, das die Dorfstraße räumte. Auch dieser Zusammenstoß geht einbeutig auf das

Schuldkonto der Nationalsozialisten,

die mit Stabtruten ausgerüstet waren und sich vor der Einfahrt in das Dorf die Taschen mit schweren Steinen gefüllt hatten.

Der zurückgebliebene Hansabund

Während sich in aller Welt immer mehr der Gedanke an die Gemeinwirtschaft Bahn bricht und die Notwendigkeit einer Zurückdämmung des Privatkapitalismus von weitesten Kreisen erkannt wird, fühlt sich der „Hansabund“, der einstmal eine bessere Vergangenheit hatte, bemüht, „als Vertreter des Grund-

Der neueste Hetzfeldzug des Führer — mißglückt

Marxistische Korruption?

Was ging in Wirklichkeit an der Breslauer Krankenkasse vor?

Die nationalsozialistische Presse bedarf dringend der Ablenkung. Ist ihr doch von Hitler die Aufgabe zugewiesen worden, die Aufmerksamkeit des Volkes davon abzulenken, daß Hitler die Baronsregierung und damit all die schweren Notverordnungen toleriert. In dieser Suche nach Ablenkungsmitteln hat sich die nationalsozialistische Presse, von den Hugenbergern getreulich unterstützt, auf einen neuen Knochen geworfen. Nachdem in früheren Wahlkämpfen der Ehrekeßprozeß, der nun endlich vorbei ist, durch entsprechende Aufschauflung die nötigen Dienste getan hat, taucht jetzt vor dem neuen Reichstagswahlkampf wieder ein „marxistischer Korruptionskandal“ auf der politischen Bildfläche auf, der zu einer vielversprechenden Fundgrube für „Sojtem Unrat“ zu werden verspricht. In großer Aufmachung schreibt der nationalsozialistische Führer: „Bonze Barisch wegen Unterschlagung einer Viertel-Million vor Gericht“, um daran die bei ihm übliche Hege gegen die „Bonzen“ zu knüpfen. Wieder einmal wird von nationalsozialistischer Seite ein lokaler Einzelfall an irgend einem Platz mit geradezu lächerlichen Uebertreibungen zu einer großen Hege gegen die Sozialdemokratie mißbraucht, so daß es zweckmäßig ist, sich über den wirklichen Sachverhalt zu orientieren: Um die Hege der Nationalsozialisten zu entlarven, bringen wir daher nachstehend eine eingehende Mitteilung aus Breslau, was in Wirklichkeit mit dem „Krankentassen-Scandal in Breslau“ los ist:

Vor der großen Strafkammer des Breslauer Landgerichts läuft seit einigen Tagen ein Prozeß, dem jeder politisch Unvoreingenommene nur örtliche, höchstens provinzielle Bedeutung beimessen wird. Als Angeklagte stehen vor den Schranken des Gerichts ein ehemaliger Abteilungsleiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse namens Erich Barisch, ein praktischer Arzt namens Dr. Wiesner und drei Angeklagte namens Hentschel, Rind und Kamme. Allen 5 Angeklagten werden Betrugsdelikte gegenüber der AOK und dem Hauptverwaltungsamt in Breslau zur Last gelegt.

Wie die im September v. J. abgeschlossene Voruntersuchung ergab, reichen die Verfehlungen bis 1925 zurück. Aufgehoben wurden sie im Dezember 1930. Hauptschuldiger ist Barisch, der Behandlungs- und Kurantträge fingierte und sich dann gemeinschaftlich mit den letztgenannten drei Angeklagten die von diesen auf seine Veranlassung angeforderten Beträge in Höhe von zusammen rund 20.000 M teilte. Um den bei der Kasse entfallenden Höchstbetrag zu decken, erhöhte er einzelne Kostennachweise, die ans Verorgungsamt weiterzuleiten waren, u. a. dadurch, daß er bei den auf den Nachweisen vermerkten Beträgen das Komma verriechte. Da Barisch als Unterlagen für seine willkürlichen Erhöhungen gefälschte Arzt- und Röntgenaufnahmen einreichte, wurde der Betrag beim Verorgungsamt, das durch diese Manipulationen einen Verlust von 180.000 M erlitt, zunächst nicht bemerkt. Der Schwindel kam erst heraus, als ein Untergebener von Barisch Verdacht schöpfte. Ferner wird Barisch beschuldigt, an den mitangeklagten Arzt Dr.

Wiesner ungerechtfertigte Vorhüsse und Mehrbeträge gezahlt und sich von diesen Ueberbezahlungen ebenfalls einen entsprechenden Anteil verschafft zu haben. Durch diese Betrugsereien erlud die AOK abermals einen Verlust von etwa 24.000 M.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme an den bisherigen Verhandlungskosten bestatigt im wesentlichen die Ermittlungen der Voruntersuchung. Barisch gab vor Gericht seine Vermögensverhältnisse an und behauptete, daß Krankheitsfälle in der Familie und Schulden ihn zu den Veruntreuungen veranlaßt hätten. Dr. Wiesner bestritt dagegen jede Beteiligung an den Betrugsgeschäften ab, vermittelte sich jedoch in Widerprüfe, als ihm von den Belastungszeugen sowie von den zugezogenen Sachverständigen nachgewiesen wurde, daß er beträchtliche Vergütungen für nicht ausgeführte Sachleistungen von der Kasse verlangt habe. So mußten beispielsweise zahlreiche Patienten bei Beginn ihrer Behandlung über Bestatigungen quittieren, die sie niemals erhielten und die in der erfolgten Menge nur unter Gesundheitsgefährdungen hätten durchgeführt werden können.

Das sind die Verfehlungen, die diesem Prozeß zugrunde liegen. Die nationalsozialistische Presse hat die Vorgänge, wie allerdings kaum anders zu erwarten war, ganz ungeschwerlich aufschauflert. Aus den Veruntreuungen eines einzelnen Angestellten und eines verantwortungslosen Arztes macht man nach bewährtem Agitationsverfahren „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ und einen „marxistischen Sumpf“.

Der Hieb der falschheitlichen Behauptungen ist erfreulicherweise völlig daneben gegangen.

Der Hauptangeklagte Barisch war zwar früher Sozialdemokrat, ist aber längst nicht mehr Mitglied. Aus dem JdV wurde er wegen Druckschreibensdelikten sofort nach Bekanntwerden seiner Druckschreibensdelikte ausgeschlossen. Dr. Wiesner hat niemals in seinem Leben mit der SPD etwas zu tun gehabt, sondern steht vielmehr den Rechtsparteien nahe.

Im übrigen handelt es sich bei diesem Manne um einen höchst unehrlichen Vertreter seines Faches. Nach den Befundungen eines Oberkassenscheiners Dr. Wiesner, der sich vor Gericht als meistbeschäftigter Krankenträgerarzt in Breslau bezeichnet, seine ärztliche Praxis weniger im Spreekammer als im Schmeibstücker Keller, einer bekannten Breslauer Gaststätte, wo er u. a. Resente ausführt, ausgeübt zu haben.

Ihre Haupttatorte reitet die Hakenkreuzjournaliste bei diesem Krankhoff, der zunächst gleichfalls unter Anklage stand, dann aber auf Grund eingehender Ermittlungen auf Befehl des Oberlandesgerichts Breslau außer Verfolgung gesetzt wurde. Wenn gegen Krankhoff ein Vorwurf erhoben werden kann, dann nur der eine, daß er nicht genügend Menschenkenntnis besitzt, den unehrlichen Charakter des ihm unterstellten Barisch nicht rechtzeitig genug erkannte und dem Arzt Dr. Wiesner zu viel Entschuldigungen zeigte. Die gegen Krankhoff gerichteten Vorwürfe sind jedenfalls nicht im geringsten gerechtfertigt.

Die Attacke der Nazipresse gegen die „Bonzenwirtschaft“ geht also völlig daneben.

Reichstagswahl und Gewerkschaften

Der Vorstand des Gewerkschaftsartells Karlsruhe-Durlach-Ettingen hatte auf Montagabend in den Volkshausaal eine kombinierte Versammlung der Kartelldelegierten, Betriebsräte und Gewerkschaftsvorstände einberufen, in der der Landesbestreiter der SPD, Mannheim, Gen. Reinhold über die bevorstehende Reichstagswahl sprach.

Diese Reichstagswahl ist nur dem Namen nach eine Reichstagswahl wie ihre Vorgänger, in Wirklichkeit ist sie der Versuch, die Geschichte rückwärts zu revidieren mit Hilfe des Stimmzettels, weil dies auf dem Wege des Rufes für die Reaktionen zu gefährlich und auch zu wenig aussichtsreich ist. Man sollte es ja nicht für möglich halten, daß, nachdem, was der alte Monarchismus der lebenden Generation beiseite hat, eben diese Massen wieder einer Demagogiepartei anheimfallen, die nicht mehr und nichts weniger auf ihre Fahne geschrieben hat, als die alten Vorkriegsstände wieder zu restaurieren. Die Kämpfe drehen sich jetzt mehr um wirtschaftliche, als um politische Dinge. Geltnat es der Reaktion, auf legalen Wege die Macht zu gewinnen, dann geben wir einer Ausnahmebestimmung entgegen die die Existenzgrundlage für die Arbeiterklasse zerstört. Es dreht sich um die Entscheidung, ob die gewerkschaftliche Macht zerfallen werden kann, um die brutale Macht der Industriegeheimnisse und des Besitzbürgertums gegenüber den betriebslosen Massen aufzurichten. Bedauerlich ist nur, daß die Kommunisten so von allen guten Geistern verlassen sind, daß sie in ihrer verblödeten Revolutionsromantik mit alten Rüstendekeln Barrikaden bauen, um der Regierung den Vorwand zu liefern, die SPD zu verbieten. Denn die Faschisten rechnen damit, daß, wenn die verbotene SPD, auch nur einige Mandate weniger bekommt, so tritt vielleicht der Fall ein, daß dadurch der Faschismus näher an die Macht heranrückt oder sie ganz gewinnt. Die Haltung der Kommunisten erweckt daher den Eindruck, daß sie

absichtlich auf ein Verbot hinarbeiten, um für die befristete Niederlage die Ausrede zu haben, daß ihre Partei verboten war. Ein solcher Schwindel ist ihre neueste Parole der Einheitsfront, denn sie haben bisher ja nichts getan, als nicht nur die Partei zu spalten, sondern auch die Gewerkschaften und alle übrigen Arbeiterorganisationen. Sie dürfen doch bloß ihre Spaltungsarbeit unterlassen, dann ist die Einheitsfront bald von selbst da.

Wenn man die Agitationsmethoden der Nazis näher betrachtet, so findet man, daß oft vorgetragen ihre Lügen aus den Broschüren des früheren Reichsligenenverbandes abgeschrieben sind. Deshalb machen sie auch so sehr auf die junge Generation Eindruck, weil diese die Demagogiearbeit dieses Reichsligenenverbandes in der Vorkriegszeit nicht erlebt hat. Für die älteren Genossen ist das Schindludertreiben der Faschisten nichts Neues, für sie ist das alles schon dagewesen. Der Kampf, den wir führen, ist nicht nur ein Kampf für die deutsche Arbeiterklasse, er ist ein Kampf für die Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die internationale Arbeiterklasse erwartet von uns, daß wir in Deutschland den Faschismus von der Macht fernhalten, denn sie weiß, daß dies der Auftakt wäre, zur Machtergreifung des Faschismus auch in den übrigen Ländern. Mit dem begehrtesten ausgenommenen Ruf „Freiheit“ wurde die eindrucksvolle Kundgebung geschlossen.

Gen. Erb machte noch darauf aufmerksam, daß am nächsten Sonntag die evangelischen Kirchenwahlen stattfinden und daß es Pflicht aller Genossen ist, die Mitglieder der Kirche sind, für die Liste der religiösen Sozialisten zu agitieren und für sie zu stimmen. Es gilt auch hier, dem Faschismus ehezeitlich entgegenzutreten.

Gen. Stuß wies noch auf den am Mittwoch, den 5. Juli, stattfindenden Aufmarsch der Eisernen Front hin, zu dem es gilt, alles aufzubieten, daß er ein imposanter wird.

lakes der freien Marktwirtschaft gegen Ausweitung des Staatskapitalismus“ Sturm zu laufen. Der Hansabund hat annehmend das unaufhaltsame Bedürfnis, ein Don Quixote der Wirtschaft zu sein, und als eine Erscheinung bewertet zu werden, die hundert Jahre hinter den wirtschaftspolitischen Bedürfnissen nachläßt.

Kirchenwahlen!

Heraus aus der Passivität!
Gegen die Kirchenreaktion!

Wählt am 10. Juli nur die Liste des

Volkskirchenbundes evangel. Sozialisten

Wie man den Durst der Kinder stillt und dabei Körper und Nerven kräftigt . . .

Wenn man bedenkt, was die Kinder im Sommer alles schlammtrinken, dann erhebt die Frage berechtigt: Soll man nicht noch mehr als bisher auf den Nährwert der Getränke achten, damit der kindliche Körper einen wirklichen Nutzen von der vielen Flüssigkeit hat, die er in sich hineintrinkt? — Ein erprobtes Rezept für ein ausgesprochen nahrhaftes und dabei kühlendes Getränk ist folgendes: Man schütte drei Teelöffel der berühmten Doomaline-Kraftnahrung in ein Glas kalte Milch, rühre kräftig um und gibt evtl. noch etwas fein gehacktes Eis hinzu. Das ist dann ein leicht verdauliches, erfrischendes Getränk und schmeckt vorzüglich. Doomaline — die konzentrierte Kraftnahrung aus Malt, Milch, Eiern und Kalzium — geht sofort ins Blut über und stärkt den ganzen Organismus. Schon zu RM. 1.15 erhalten Sie eine Dose Doomaline in der nächsten Apotheke oder Drogerie. Schreiben Sie aber vorher eine kostenfreie Gesundheitsprobe, dann schreiben Sie an Dr. A. Wandler G. m. b. H., Abteilung IV 155, Dörfchen (Weidenhofen).



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

6. Juli

1415 Joh. Hus in Konstanz verbrannt. — 1533 †Staf. Dichter Edoonico Ariosto. — 1535 Thom. Morus im Tower enthauptet. — 1646 *Philosoph Gottfried W. Leibnitz. — 1854 †Pfarrer Georg Simon Ohm. — 1884 Unfallversicherungsgesetz beschlossen. — 1891 †Dichter Oskar von Redwitz. — 1927 †Gos. Wilhelm Blos-Stuttgart.

Freiheit!

Jugend grüßt den Dreißteiler der Eisernen Front!

Gestern trug ich zum ersten Male meinen Dreißteiler, das Kampfsymbol der Eisernen Front. Ich war voller Freude, doch ich endlich das Zeichen hatte, das alle deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter kennen lernen sollen. Es ist das Zeichen, in dem die Eiserner Front siegen wird. Drei Pfeile — sie sind unser Feld, und Erkennungszeichen, drei Pfeile — sie sind Symbol der Aktivität, der Disziplin und der Einigkeit. Sie sind Symbol der Treue, der Kampfschlossenheit und des Glaubens an den Sieg. Sie fliegen dem Feind entgegen, der mit Lüge und Niedertracht den politischen Kampf führt.

Mit diesem Gedanken trat ich auf die Straße. Die wärmende Sommer Sonne strahlte hell und vergoldete den Morgen. Die trübe Gegenwart war auf einige Augenblicke vergessen. Wie schön könnte die Welt sein, wenn die Not nicht geisterte und die Freiheit nicht bedroht wäre. Als ich einige Schritte gegangen war, da schallte mir laut und fröhlich unter Gruss entgegen: Freiheit! Drei Jünglinge, die nun wohl bald die Schule verlassen werden, hatten meine drei Pfeile am Rockknopf gesehen. Sie saugten ihnen unser neues Kampfsymbol und sie waren stolz und froh, bereits jemand damit gesehen zu haben. Das lehrte mich ihr Gruss, den ich herzlich erwiderte. Noch einmal riefen sie: Freiheit!

Dieses kleine Erlebnis am Sommermorgen hat neue Hoffnungen in mir geweckt. Jugend grüßt das neue Zeichen mit dem stolzen Gruss! Wenn Deutschland, wenn der internationale Sozialismus, wenn die Organisationen der Eisernen Front noch so viel Trübsal hindurchmüssen — sie werden diese Kämpfe siegreich bestehen, weil auch die ganze deutsche Jugend erkennen wird, das es etwas Schönes und Mutiges ist, die Freiheit zu verteidigen. Die Jugend muß unserem Gruss, unserem Zeichen und unserer Forderung folgen.

Wir aber wollen den Kampf für unsere heilige und gerechte Sache des Sozialismus mit ganzer Kraft führen, weil wir damit auch dem Wohle unserer Jugend dienen; jener Jugend, die nicht länger im Elend der kapitalistischen Wirtschaft leben soll; jener Jugend, die wir weder im Bürgerkrieg noch im Krieg verlassen wollen; jener Jugend, die der Welt den Frieden erhalten und den Völkern zur menschenwürdigen Wohlfahrt verhelfen muß; jener Jugend, die am Aufbau des wahren Sozialismus helfen wird, den der große Gelehrte und Führer Karl Marx begründete.

In diesem Sinne den drei Jünglingen von gestern und damit der ganzen Jugend unseren Gruss: Freiheit! Wir reden unsere Fülle auch für euch empor! Wir tragen unsere drei Pfeile auch für euch. Folgt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

21. Deutscher Feuerwehrtag in Karlsruhe

Die Übungen.

Im Rahmen des 21. Deutschen Feuerwehrtages veranstalten namhafte Wehren aus Baden, Württemberg und aus der Pfalz eine Reihe von Einzelübungen, die den Beweis liefern werden, daß die deutschen Feuerwehren über eine hervorragende technische Ausbildung verfügen und in der modernen Brandbekämpfung geschult sind. Das Programm sieht vorläufig folgende Übungen vor:

Samstag, 6. August, von 14.30—16.30 Uhr: Freiw. Feuerwehr Durlach: Schul- und Angriffssübung mit Lösettenmotorpumpen und Hydrantenwagen; Freiw. Feuerwehr Karlsruhe-Mühlburg: Schulübung mit anschließender Gesamtangriffssübung mit mechanischer Leiter, Wagenpumpe und Hydrantenwagen (44 Mann Besatzung); Freiw. Feuerwehr Gernsbach zusammen mit der Fabrikfeuerwehr Daimler-Benz-WG, Gaggenau: Angriffssübung mit einer neuen Motorpumpe unter Verwendung von Saugschläuchen; Freiwillige Feuerwehr Karlsruhe-Innenstadt: Schulübung mit Motorlöschpumpe; Freiw. Feuerwehr Baden-Alstadt: Schul- und Angriffssübung mit kombinierter automobiler Löscher; Freiw. Feuerwehr Offenburg: Angriffssübung mit einem kompletten Löscher (18—20 Mann Besatzung); Freiw. Feuerwehr Griesingen: Schul- und Angriffssübung mit einer Landpumpe (28 Mann Besatzung).

Sonntag, 7. August, von 15—16 Uhr: Freiw. Feuerwehr Bruchsal: Beteiligung an einer Angriffssübung mit 11 Mann Bederlinie und einer Autozange; Freiw. Feuerwehr Karlsruhe-Mühlburg: Schulübung mit 50 Mann Beteiligung unter Verwendung von Handpumpe und Maschinenleiter; Freiw. Feuerwehr Forstheim: Schulübung ohne Wasser nach besonderem Übungsplan mit automobilen Geräten; Freiw. Feuerwehr Landau (Pfalz): Angriffssübung mit Gasmasken, evtl. auch Marschübung mit Spiel (20 Mann Besatzung), unter Verwendung von einer Automobillöscher, Rettungs- und Atemgeräten; Freiw. Feuerwehr Heilbronn a. N.: Gymnastische Freilübungen mit 24 Mann Beteiligung ohne Geräte; Fabrikfeuerwehr der Zellstoff-WG., Waldhof: Rettungsübung mit Sauerstoffgeräten und Pulmotor; Freiw. Feuerwehr Heidelberg: Schulübung mit Automobillöscher, Drehleiter und Schiebeleiter, alsdann Angriffssübung mit einer Beteiligung von 25 Mann; Freiw. Feuerwehr Karlsruhe-Mühlburg: Angriffssübung mit Saug- und Druckpumpe, Maschinenleiter, Schlauchwagen (Besatzung 40 Mann); Freiw. Feuerwehren Weingarten, Blantenloch, Böblingen und Grünmetersbach: Gemeinsame Angriffssübung mit 4 fahrbaren, vierrädrigen Saug- und Handdruckpumpen.

Montag, 8. August, von 9—12 Uhr vormittags: Freiw. Feuerwehr Karlsruhe-Grünwinkel: Übung mit einer Pumpe, einer Maschinenleiter und einem Hydrantenwagen (50 Mann Beteiligung); Freiw. Feuerwehr Karlsruhe-Mühlburg: Übung mit Maschinenleiter und Lösettenmotorpumpe (etwa 25 Mann Besatzung); Werkfeuerwehr des Reichsbahnausbesserungswerks Karlsruhe, Angriffssübungen mit Hydrantenwagen und mechanischer Schiebeleiter (61 Mann Besatzung).

In erfreulich großer Zahl sind in den letzten Tagen weitere Anmeldungen für die mit dem Deutschen Feuerwehrtag verbundene Feuerwehrausstellung eingegangen, so daß sie ein übersichtliches Bild von dem fortschrittlichen Stand der deutschen Feuerwehrindustrie bieten wird. Darneben zeigt die historische Ausstellung der Ausstellung einen Auschnitt aus dem Feuerbekämpfungswesen des vorigen Jahrhunderts. Das Ba-

Karlsruher Voranschlag 1932

In Voranschlag gebracht: Vierfache Bürgersteuer, Erhöhung der Grundsteuern, Gas- und Strompreise, Einführung der Filialsteuer, Reduzierung der Richtsätze beim Fürsorgeamt usw.

Außerordentliche Schwierigkeiten bereitet den Gemeinden die Aufstellung des Voranschlags 1932, viele Kommunen sind überhaupt außerstande, einen Ausgleich in ihrem Haushalts-etat zu erzielen. Seit Monaten beschäftigt sich auch die Karlsruher Stadtverwaltung mit der Aufstellung ihres Voranschlags, aber die schwierige Zeitlage und neue Notverordnungen warfen das wieder über den Haufen, was in mühsamer Arbeit bereits aufgerichtet war. Nachdem nun die letzte Notverordnung eine gewisse Klarheit gebracht hat, wurde nun ein Voranschlag zusammengestellt, mit dem die Stadtverwaltung glaubt, den Ausgleich im Gemeindehaushalt 1932 erzielen zu können. Die Ausgaben würden bei verschiedenen Positionen noch einmal gedrosselt, während auf der anderen Seite erhöhte Gebührensätze, sowie Erhöhung der Umlage und Bürgersteuer die Mindereinnahmen und das Defizit ausgleichen sollen.

Bei der Grundsteuer ist vorgesehen, daß bei unbewohnten Grundstücken der Landesatz von 90 Pfg. erhoben wird, während bei bewohnten Grundstücken 70 Pfg. (Landesatz 90 Pfg.) in Anrechnung kommen. Bei bewohnten Grundstücken beträgt also das Plus gegenüber dem Landesdurchschnitt 20 Pfg. Die Stadtverwaltung begründet diese Maßnahme damit, daß diese geringere Erhöhung sich innerhalb der Grenze bewege, bis zu der man dem Hausbesitzer die Mehrbelastung zumuten könne, ohne daß er sie auf die Mieten umlegen kann. Würde der Landesdurchschnitt zugrundegelegt, so könnte der Hausbesitzer die höhere Belastung von 20 Pfg. auf die Mieter umlegen. Das will die Stadtverwaltung vermeiden. Sie schlägt dafür vor, daß die damit verbundene Mindereinnahme durch andere erhöhte Einnahmen ausgeglichen wird. So ist vorgesehen, den Gaspreis, der bekanntlich durch Bürgerausschußbeschlüsse keineswegs gesenkt wurde, zu erhöhen. Zudem lasse sich dieser jetzige Gaspreis auch nach der Lage der hiesigen Wirtschaft nicht mehr aufrecht erhalten. Es sollen deshalb die vorherigen Preise wieder in Betracht kommen und zwar 18 Pfg. für die ersten 250 Kubikmeter, für das weitere Verbrauchsquantum ist ebenfalls eine entsprechende Erhöhung vorgesehen. Der Grundgebührentarif erfuhr auch eine Erhöhung. Der elektrische Strom für Haushaltungen soll einen Zuschlag von 5 Pfg. je Kilowattstunde erhalten. Neben der Erhöhung der

Umlage soll auch die Bürgersteuer mit einem neuen Zuschlag bedacht werden und zwar sind 300 Prozent Zuschlag (also insgesamt 400 Prozent in Aussicht genommen). Neu eingeführt soll die sozial umfritene Filialsteuer werden und zwar aus Betriebsvermögen und Gewerbevermögen. Eine sehr starke Erhöhung der Einnahmen wird durch Leistungen des Reiches zur Wohlfahrtspflege erwartet.

An Verminderung der Ausgaben wird gedacht, durch eine Herabsetzung der Richtsätze beim Fürsorgeamt im Betrage von etwa 150 000 M., außerdem als Auswirkung der letzten Reichsnotverordnung ein geringerer Anteil der Stadt an der Kräfensorge. Für Aufwendungen bei der Durchführung von Notstandsarbeiten glaubt man, bei einem Teilerlösaufschlag 100 000 M. ersparen zu können. Die Aufwendungen für den vorhin genannten Zweck sollen aus einem anderen Konto entnommen werden. Einsparungen sind weiterhin vorgesehen bei Erneuerung des Kraftwagenparks, bei Unterhaltung der Straßen, Wege und Brücken, beim Bauunterhaltungsaufwand für Gebäude, bei der Feuerwehre, Polizei, Verminderung der Lohnausgaben auf Grund der neuen Lohnregelung (ca. 60 000 M.), bei der Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung, Feuerversicherung, Kleiderabgabe usw.

Leider ist auch vorgesehen, den Zuschlag für das Arbeitersekretariat und für die Ausstufstellen des hiesigen Gewerkschaftsartells zu streichen. Man rechnet mit einem Bruttoumlagebetrag von 3 574 000 Mark. Dieser Betrag soll folgendermaßen aufgebracht werden: Grundsteuer zusammen rund 2 390 000 M., Bürgersteuer (Betriebsvermögen und Gewerbevermögen) rund 115 000 M., durch die Filialsteuer 22 000 M.

Wie ersichtlich, bringt der neue Voranschlag für die Karlsruher Einwohner wiederum neue Belastungen, denen auch nicht die geringsten Erhöhungen beim eigenen Einkommen gegenüberstehen, im Gegenteil die Einnahmen z. B. aus Löhnen und Gehältern bleiben konstant, werden sogar vielmals herabgemindert.

Man darf gespannt sein, ob dieser Voranschlag eine Mehrheit im Stadtrat findet. Wird er vom Stadtrat nicht genehmigt, so dürfte das bekannte Diktum des Herrn Oberbürgermeisters erfolgen mit den Worten: „Ich ordne an...“ Lehnt der Stadtrat den Voranschlag ab, so hat sich der Bürgerausschuß mit ihm wohl nicht mehr zu beschäftigen.

diese Landesstrafkammer gewährt in einer weiteren Abänderung „Selbstentzündung oder Brandstiftung“ einen Einbruch in die wissenschaftliche Untersuchung der auf Verbrechen zurückzuführenden Brandfälle.

Freiwilliger Arbeitsdienst im Arbeitsamtsbezirk Karlsruhe

Vom Arbeitsamt Karlsruhe wird uns u. a. geschrieben:

Auch im Bezirk des Arbeitsamts Karlsruhe werden jetzt verschiedene Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt. Im Gang sind z. B. zwölf Maßnahmen, von denen fünf der Erhebung der Volksgesundheit dienen, und zwar handelt es sich um den Ausbau, die Herrichtung

Eiserne Front

Wir treten an

Die Bezirke treten heute abend wie folgt an und marschieren von dort zum Sammelplatz Hildapromenade (Mühlburger Tor):

- Mittel- und Südweststadt ZB. 1 und ZB. 5. Antreten 7 Uhr am Stephansplatz hinter der Post.
- Altstadt ZB. 2. Antreten 7 Uhr Alter Bahnhof.
- Dfstadt ZB. 3. Antreten 6.45 Uhr „Bernhardshof“.
- Südstadt ZB. 4. Antreten 7 Uhr Volkshaus.
- Weststadt ZB. 6. Antreten 7 Uhr Gutenbergplatz.
- Rinheim ZB. 1. Antreten 6.45 Uhr im „Hirschg.“.
- Rippurr-Dammerhof ZB. 2. Antreten 6.30 Uhr h. Schloß.
- Weierfeld ZB. 3. Antreten wird bekanntgegeben.
- Bulach ZB. 4. Antreten wird bekanntgegeben.
- Beierheim ZB. 5. Antreten 6.45 Uhr Ede Brauerstraße.
- Grünwinkel-Abfiedlung ZB. 6. Antreten 6.45 Uhr „Hirschg.“ Mühlburg.
- Daglanden ZB. 7. Antreten 6 Uhr „Karlsruher Hof“.
- Mühlburg ZB. 8. Antreten 7.15 Uhr beim „Hirschg.“.
- Hardtwaaldfiedlung ZB. 9. Antreten 7 Uhr an der Haltestelle Stößerstraße.

Sämtliche verfügbaren Fahnen sind mitzubringen!

Achtung! Fahnen heraus! Achtung!

Sämtliche Gewerkschaften und Korporationen der Arbeiterbewegung haben dafür zu sorgen, daß sämtliche Fahnen heute abend mitgebracht werden.

und Anlegung von Sport- und Spielplätzen, darunter eines Kinder-Spielplatzes, und der Erstellung der dazu gehörigen An- und Auskleideräume. Träger der Arbeit sind in allen fünf Fällen Sport- und Turnvereine.

In einer größeren Gemeinde werden Steinbrüche erschlossen, Anlagen geschaffen, Waldwege angelegt und sonstige Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs durchgeführt. Hier ist der Träger der Arbeit die Gemeinde selbst.

Auch zur Bekämpfung der Schnakenplage ist der Arbeitsdienst eingesetzt. Der Rassenwärtersoldat wird von einer in einem Arbeitslager zusammengeschlossenen Gruppe von 30 Arbeitsdienstwilligen entwidert und damit gleichzeitig der Boden ertragreicher gehoben. Träger der Arbeit ist die Stadt Karlsruhe, während sich als Träger des Dienstes das Heimatwerk Baden e. V. in die Zusammenfassung karitativer und jugendpflegerischer Verbände im Lande Baden und hat in gemeinamer Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern und für die Durchführung geeigneter Maßnahmen Sorge zu tragen.

Schließlich wurde noch ein Arbeitsdienst für Frauen oder Mädchen eingerichtet. Der Bad. Frauenverein Durlach und der Evang. Jugend- und Wohlfahrtsdienst Karlsruhe beschäftigen eine Anzahl Arbeitsdienstwilligen mit der Herstellung von Wäsche- und Kleidungsstücken für die Winterhilfe.

Die Freizeit wird bei allen Arbeiten mit Arbeitsgemeinschaften und Vorträgen ausgefüllt. Hinsichtlich ist schließlich noch auf den bereits gefähten Versuch, wissenchaftliche Forschungsarbeiten im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchzuführen.

Im ganzen sind jetzt schon 265 Arbeitslose von der Straße weggebracht, mit gemeinnütziger wertvoller Arbeit beschäftigt und ihnen dadurch für längere Zeit ein Lebensnahrung gegeben. Es sind im ganzen 21 440 Tagewerke mit einer Beschäftigungsdauer von insgesamt 176 Wochen vom Landesarbeitsamt Südbadensdeutschland anerkannt worden.

Wehr noch als die genannten anerkannten Arbeiten sind bereits beantragt und liegen den zuständigen Stellen zur Begutachtung oder Genehmigung vor oder befinden sich in Vorbereitung. Es muß unbedingt versucht werden, Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes in größerem Umfang im Interesse der arbeitslosen Dienstwilligen, aber auch zum Nutzen der Volksgesundheit zur Verfügung zu stellen. Dazu bedarf es aber der Zusammenwirkung und der Zusammenarbeit aller in Frage kommenden Verbände sowie auch insbesondere der Gemeinden des Landes Baden. Deshalb bei dieser Gelegenheit, insbesondere im Interesse der jugendlichen Arbeitslosen, an alle konfessionellen, karitative, politische, berufliche, berufliche Verbände, Orts-, Kreis- und Bezirksvereine, Berufsvereine und Selbsthilfvereine sowie Eltern-, Sport- und sonstige Vereine ersuchen wollen, sowie insbesondere auch Gemeinden und Städte und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts im Arbeitsamtsbezirk Karlsruhe die Unterstützung, die Frage der Durchführung geeigneter Maßnahmen zu prüfen und sich gegebenenfalls mit dem Arbeitsamt Karlsruhe in Verbindung zu setzen.

Als Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes kommen nur gemeinnützige zusätzliche Arbeiten in Frage, die eine ernsthafte Arbeitsleistung erfordern und im freien Arbeitsverhältnis oder im Wege der Notstandsarbeit nicht durchgeführt werden könnten. Zusätzlich sind die Arbeiten, wenn sie ohne Förderung entwerben überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder in dem geplanten Umfang durchgeführt werden könnten.

Bessere Auskunft erteilt das Arbeitsamt bereitwilligst und unterliegt gerne mit Rat und Tat alle Vorschläge, die im freiwilligen Arbeitsdienst bewerkstelligt werden können.

Jetzt zeige Dich!

Arbeiter, Angestellter und Beamter
Heute 8 Uhr am Mühlburger Tor



Kampf-Aufmarsch für Freiheit und Recht!

Die Polizei berichtet:

Schwerer Verkehrsunfall

Gestern vormittag gegen einhalb 11 Uhr wurde die Frau eines Eisenbahners von hier, während sie mit ihrem 3 1/2 Jahre alten Kind auf einem Fahrrad von der Karlsstraße kommend in die Karlsstraße einbiegen wollte, von dem Führer eines Personentransportwagens von hinten angefahren und zu Boden geworfen. Die Frau erlitt dabei Rippenbrüche, Leber- und Magenquetschung sowie erhebliche Hautabrisse am Körper und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Das Kind kam mit leichten Schürfwunden davon. Das Fahrrad ging in Trümmer. Die Schuld dürfte nach den bisherigen Feststellungen ausschließlich den Kraftwagenführer treffen.

Festgenommen

wurde ein lediger Schuhmacher wegen Verdacht des Fahrraddiebstahls.

Fahrrad Diebstähle

Gestohlen wurden 6 Fahrräder, die Batterien von zwei am Messegelände aufgestellten Motorrädern; aufgeklondert wurde ein Fahrrad.

Zur Anzeige gelangten:

16 Personen wegen Nichtbeachtung der Verkehrsregeln, 14 Personen wegen Aufhebung und groben Unfug, 2 Personen wegen Hausfriedensbruch, eine Witvin und zwei Gäste wegen Nichtbehalten der Polizeistunde und ein verb. Monteur wegen erschwerter Körperverletzung.

Ein lediger SW-Mann erstattete die Anzeige, daß er in der Nacht zum Montag auf dem Heimweg von einer Versammlung der NSDAP in Mühlburg, Cte Etilingen- und Wulfenstraße, von einer Gruppe von politischen Gegnern, ohne daß er diesen irgend einen Anlaß gegeben habe, überfallen und zu Boden geschlagen worden sei. Der Überfallene trug mehrere Wunden am Kopf davon.

(?) Zu dem Unglücksfall an der Albtalbahn. Bei der etwa 50-jährigen Frau, die gestern früh von der Lokalbahn überfahren wurde, handelt es sich um die Theresia König aus der Klaupestraße Nr. 28. Im Krankenhaus wurde sofort eine Operation vorgenommen und das rechte Bein oberhalb des Knies amputiert.

Wie uns berichtet wird, hatte der Lokomotivführer in umfänglicher Weise gehandelt und hatte den Zug auf die kurze Entfernung von 7 Meter sofort zum Halten gebracht. Ein Versäumnis des Bahnpersonals liegt nicht vor. Nach einer weiteren Meldung hat ein junger Mann der Verunglückten dadurch die erste Hilfe geleistet, indem er seinen Selbstbinder auszog und der Frau das überfahrene Bein abband.

(?) Badische Beamtenrentenliste. Die 1919 gegründete Kasse der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten aller Berufsgruppen in Baden angehört, hält am 10. Juli in Karlsruhe (Matthausaal) ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Kasse gehören am 1. April 1932 rund 48 000 Reichsbeamte an. Die Kasse schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 1 932 901 RM ab. Die Rücklage konnte auf rund 415 000 RM erhöht werden. Von den Ausgaben entfallen 1 730 441 RM (= rund 92 Prozent) der Beiträge (Einnahmen) auf Rentenleistungen an die Mitglieder. Der Verwaltungsaufwand der Kasse einschließlich der Werbungskosten gegenüber dem Vorjahre prozentual weiter erniedrigt werden und ist weit geringer als bei vielen gleichartigen anderen Kassen. Eine Reihe von Verwaltungen, darunter der badische Staat, der evang. Oberkirchenrat, der kath. Oberkirchenrat usw. zahlen für ihre bei der Kasse versicherten Beamten Zuschüsse, um die die Beiträge der betr. Beamten erniedrigt werden.

(?) Prof. i. A. D. Ernst Iren gestorben. Einem Herzschlag ist Prof. i. A. D. Ernst Iren am Montag erlegen. Der nun Verstorbene hatte im politischen Leben Karlsruhes längere Zeit eine große Rolle gespielt. Lange Jahre gehörte er dem Bürgerausschuß an und war auch eine Reihe von Jahren Obmann des Stadtordnungsreferates. In letzter Zeit hat er sich politisch nicht mehr betätigt.

(?) Von einem Personentransportwagen angefahren. Gestern vormittag gegen halb 11 Uhr wurde die Frau eines Eisenbahners von hier, während sie mit ihrem 3 1/2 Jahre alten Kinde auf einem Fahrrad von der Karlsstraße kommend, in die Karlsstraße einbiegen wollte, von dem Führer eines Personentransportwagens von hinten angefahren und zu Boden geworfen. Die Frau erlitt dabei erhebliche Hautabrisse am Körper, das Kind kam mit leichten Schürfwunden davon. Das Fahrrad ging in Trümmer. Die Schuld dürfte nach den bisherigen Feststellungen ausschließlich den Kraftwagenführer treffen.

(?) Sommeropere in Stadt. Konzerthaus. Die Aufführungen der Sommeropere zeigen, daß sie ihr Versprechen, nur Gutes zu bieten, einlösen. Allgemein wird es auch begrüßt, daß die Eintrittspreise herabgesetzt sind. Heute abend findet eine Wiederholung der Operette „Frühlingsluft“ nach Motiven von Josef Strauß statt, worauf besonders aufmerksam gemacht wird. Die Vorstellung beginnt 20 Uhr (Vergleiche auch die Anzeige im Interatenteil.)

**Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold**

Kontrats, 1. Schulamtsrat, Stafs, Spielmannsgang mit Tönen in Uniform antreten am Mittwoch abend übliche Bildpromenade 19.30 Uhr. Technische Leitung.

Geschäftsleiter: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Volpert, Freitags, Baden, Volkswirtschaft, Gemeindefortschritt, Sozialer, Beuteten, Aus aller Welt. Die Zeit der Frau, Letzte Nachrichten: S. Gräbner, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durand, Aus Mittelbaden, Gerichtszentrum, Karlsruhe Umgebung, Sozialistisches Jugendvolk, Wetman und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Elsie. Verantwortlich für den Anzeigenzettel: Gustav Krauer. Redaktion wohnt in Karlsruhe.

Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H., Karlsruhe
mit Zweigstellen in
Mannheim / Freiburg i. Br. / Pforzheim / Kehl a. Rh.

Die Bank des Mittelstandes und des Hausbesitzes

Lichtspielhäuser

Schauburg — „Ben Hur“

Der Welt gewaltigster Film verdient es, von Zeit zu Zeit wieder in den Spielstätten aufgenommen zu werden. Die monumentale Epikere ist die Wiederkehr einer längst vergangenen Welt, die auf einer hohen Kulturstufe stand. Uns heutigen Menschen der Räderwelt hat sie allerdings nicht mehr allzuviel mitzuteilen, doch vermag die Photographie Dinge wiederzugeben, die, stumm gesprochen, realen Wert darstellen. Die bekannte amerikanische Großzügigkeit hat die Millionen zur Herstellung des Drum und Dran geradezu zum Fenster hinausgeworfen. Gegen, Zedlungen, Bühnenhäuser, Feiner heute und Raffine, die ungewöhnlich umfangreichen Anlagen der Säulen, deren Karäfte aber auch in nichts den heutigen Kampfzügen und -plänen nachstehen, woben Ueberreste damaliger Baukunst heute noch zu sehen sind, helfen uns in die damaligen Verhältnisse zurückzuführen. Die bekannte Erzählung aus der Zeit Christi, „Ben Hur“, die bald jeder kennt, wird gespielt. Ben Hur ist Ramon Novarro, dessen fultiveres Spiel allen überlegen ist. Im Wagenrennen offenbart sich das Sportfieber und die Sensationslust von damals. Die Arbeit in diesem klassischen Sport, der allerdings heute, ist nicht beendigt. Die Aufnahmen der Wagenrennen waren zum Teil mit Lebensgefahr verbunden; die Operatoren hatten sich mit ihren Apparaten vielfach unter der Rennbahn postiert und so die dahinjagenden Gelänne aufgeflogen. Aus und gut, ist eben alles aufgedoten, was Hollywood auf die Beine bringen konnte. Es ist ein erster, guter Film geworden, der den Erwartungen genügt. Die Mängel, deren der Film je auch aufweist, treten vor der Größe des Ganzen zurück. Gegenüber der unerbittlichen Aufklärung sind die Aufführungen nimmer mit dem Ton synchronisiert, womit die dramatische Zielsetzung merklich profitierte.

Kleine bad. Chronik

Ein Unbekannter ermordet?

Die Leiche in den Rhein geworfen?

WTB. Rheinhau sen b. Philippsburg, 6. Juli. Gestern morgen wurde von zwei hiesigen Jägern eine männliche Leiche in voller Kleidung, allerdings ohne Schuhe, gefunden. Die Verletzungen im Kopfe gaben Veranlassung, die Mordkommission herbeizurufen. Die vorgenommene amtliche Sezierung hatte folgendes Ergebnis: Das Alter des Ertrunkenen wird auf 30 Jahre geschätzt. Er liegt seit höchstens 3 Tagen im Wasser. Die beiden Löcher im Kopfe rühren von der Kugel einer Schusswaffe her, die aus einer Entfernung von ungefähr 3 Metern abgegeben sein mag. Selbstmord ist ausgeschlossen. Dagegen vermutet man Raubmord, zudem in den Taschen des Ertrunkenen weder Papiere noch etwas Geld zu finden waren. Die Polizei bemüht sich eifrig um die Aufklärung des Tatbestandes und um die Identifizierung des Ertrunkenen, über dessen Persönlichkeit noch keine Anhaltspunkte vorliegen.

Kleiner Unfall des D 75 bei Mühlheim

* Freiburg, 5. Juli. Der um 15.08 in Freiburg i. B. eintreffende Schnellzug D 75 erlitt gegen 14.30 Uhr zwischen Basel und Mühlheim beim Passieren einer Bauhalle bei Schönen einen leichten Unfall. Die beiden letzten Wagen sprangen aus den Schienen. Der Zug fuhr an dieser Stelle außerordentlich langsam, so daß ein großes Unfallsverhütung wurde. Die Wagen wurden abgedreht und D 75 konnte mit einiger Verpätung seine Fahrt fortsetzen. Da durch den Unfall ein Gleis blockiert wurde, erlitten auch die nachfolgenden Blau-Verpätungen. Personen kamen nicht zu Schaden. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Schweres Verkehrsunfall

* Waldorf (Amt Wiesloch), 5. Juli. Auf der Schweiginger Landstraße rannte der ledige Schneider Karl Koppert vor hier aus noch nicht aufgeklärter Ursache gegen ein Personauto. Der Anprall war so heftig, daß der 24-jährige Mann zuerst auf den Kühler des Autos und dann in großem Bogen ins Ackerfeld geschleudert wurde. Koppert wurde mit doppeltem Schädelbruch, Armbruch und sonstigen Verletzungen in die Felderbahn Klinik verbracht werden. Sein Zustand ist bedenklich.

Von der Sägmühle totdrückt

* Heidelberg, 5. Juli. An der heißen Stelle des Viehherdweges, bei der evangelischen Kirche im Stadteil Hohenbach, fiel gestern vormittag 11 Uhr die Sägmühle des Holzjägers Zimmermann von Kirchheim um und trat dessen 19-jährigen Stiefsohn Friedrich, der unter diese zu liegen kam. Mit schweren inneren Verletzungen trug man ihn in eine nahe Scheune. Mit dem Sanitätsauto wurde der Verunglückte in das Akademische Krankenhaus nach Heidelberg gebracht, wo er nachmittags gestorben ist.

Tödlicher Verkehrsunfall

* Schriesheim bei Heidelberg, 5. Juli. Der 68-jährige Landwirt Adam Weber wurde von einem Auto angefahren und so schwer verletzt, daß er im Heidelberger Akademischen Krankenhaus gestorben ist.

Aus der Stadt Durlach

Die Mitglieder der Eisernen Front treffen sich heute Abend 7 1/2 Uhr an der Elektr. Bahnhof. Keiner fehlt. Es geht nach Karlsruhe.

Arbeiterwohlfahrt

Wir möchten nochmals auf unsere vom 1. August bis 3. September auf dem Turmberg stattfindende Kindererholungsfeier aufmerksam machen. Aufgenommen werden Kinder, welche vom Schularzt untersucht und als Erholungsbedürftig festgestellt worden sind.

Anmeldungen werden jeden Mittwoch mittag von 3-5 Uhr im Sanitätsamt der Lessingstraße entgegengenommen. Letzter Termin für die Anmeldung ist der 20. Juli. Wir bitten die Eltern, diesen letzten Termin einhalten zu wollen.

Aus dem Gerichtssaal

Tödliche Körperverletzung

im Karlsruhe, 5. Juli. Heute vormittag verhandelte das Karlsruher Schwurgericht (Vorstehender: Landgerichtsdirektor Straub, Beisitzer: Landgerichtsrat Kapp und Amtsgerichtsrat Dreher) gegen den 39-jährigen Bäckermeister Adolf Lutz aus Stupferich, der sich wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode zu verantworten hatte. Der Angeklagte, der sich seit 4. April in Untersuchungshaft befindet, wird beschuldigt, in der Nacht vom 2. auf 3. April morgens zwischen 12 und 1 Uhr in Stupferich auf der Drisstraße dem 55 Jahre alten Landwirt Johann August Mai mit einem stumpfen Gegenstand, vermutlich einem Holzstiel, Schläge auf den Kopf versetzt zu haben, so daß dieser so schwer verletzt wurde, daß er am 7. April im Städtischen Krankenhaus in Durlach verstarb.

Der Angeklagte hatte am 2. April den Tag über schon ziemlich stark dem Alkohol ausgesprochen und auch drohende Redensarten: „Heute nacht kriegen noch ein paar, ich schneide ihnen den Hals ab“ gebraucht. In der Wirtschaft „Zum Adler“ hatte er einen Wortwechsel mit Mai, in dessen Verlauf ihn letzterer mit „Hurenbus“ beschimpft hatte. Auf dem Heimweg, gerieten beide aneinander. Nach einem Wortwechsel sprang Lutz in seinen Hof und holte ein Holzstück oder einen Stein, mit dem er auf Mai einschlug. Er ließ dann seinen Hund los und ging wieder in den „Adler“. Dort hat er noch groß getan und gesagt: „Dem habe ich gegeben!“ Die Wohnung des Angeklagten liegt gegenüber dieser Wirtschaft.

Das Schwurgericht verurteilte Lutz wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Auf diese Strafe werden drei Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet. Der Angeklagte unterwarf sich dem Urteil, das damit rechtskräftig wurde.

Sittlichkeitsverbrechen

im Karlsruhe, 5. Juli. Unter der Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechen stand der 20-jährige Metzger Franz S. aus Sulzbach bei Etilingen vor dem Schöffengericht (Vorstehender: Amtsgerichtsdirektor Dr. Müller). Der Angeklagte hatte an einem 23-jährigen unbekanntem Mädchen unter Anwendung von Gewalt unsittliche Handlungen vorgenommen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Vergehens im Sinne des § 176 Ziffer 1 zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten. Ein Monat und zwei Wochen der erlassenen Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet. Der Anklagevertreter hatte 10 Monate Gefängnis beantragt.

Falsche Beschuldigung gegenüber einem Polizeibeamten

im Karlsruhe, 5. Juli. Vor dem Einzelrichter (Amtsgerichtsrat Stritt) hatten sich die Diene Berta St. und der Arbeiter Wilhelm K. von hier wegen Aufstörung und verleumdender Beamteneinbeleidigung zu verantworten. Das Färchen fiel einem Polizeibeamten auf einer Straße der Altstadt durch allzu laute Unterhaltung auf. Beim Eingreifen der Polizei behaupteten beide, so laut, daß man es hören konnte, ein Polizeibeamter habe bei der Vernehmung der St. auf der Wache verlangt, sie solle ihren Kopf hochheben. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß an diesem Worum kein wahres Wort ist. Beide Angeklagten erlitten wegen Aufstörung je 6 Mark Geldstrafe und wegen verleumdender Beamteneinbeleidigung je einen Monat Gefängnis.

**Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe**

Arbeitsgemeinschaft Sozialdem. Lehrer

Juli-Zusammenkunft findet heute Mittwoch, 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus statt.

Bezirk Südstadt

Am Donnerstag, 7. Juli, abends 20 Uhr, in der Deutschen Eiche, Angartenstraße 60, Vesperung der Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei mit der Bezirksleitung der Eisernen Front.

Arbeiterwohlfahrt

Heute Mittwoch abend Punkt 6 Uhr findet in der Geschäftsstelle, Alter Bahnhof, eine wichtige Vorstandssitzung statt. Hierzu sind die Vorstandsmitglieder eingeladen mit dem Ersuchen um vollständiges und pünktliches Erscheinen.

Dereinsanzeiger

Karlsruhe.
Stadtausflug für Arbeiterport und Jugendpflege. Alle aktiven Sportler haben heute abend 7 1/2 Uhr in der Bildpromenade (Mühlburger Tor) anzutreten. Aufmarsch der Eisernen Front.
Wassersportverein. Vababend im Bierordtsbad fällt aus; alles beteiligt sich am Kampfaufmarsch. 8578
Freie Turnerschaft. Übungsabend der Turnerinnen und der Fußballabst. fallen heute aus. Teilnahme am Aufmarsch der E.F.

Geschäftsabzug. Das in Karlsruhe und Umgebung bekannt, seit nahezu 90 Jahren bestehende Mädel- und Seiten-Ausstattungs-Geschäft Ernst, Dertel, Inhaber Heinrich Dertel, hat am 1. Juli seine Verkaufsräume, sowie Mädel- und Zubehörverhältnisse von Kaiserstraße 101/103 nach der westlichen Kaiserstraße 191 (Haus Lindenlaub zwischen Bad- und Herrenstraße) verlegt. Zur Eröffnung bietet die Firma trotz der teils billigen Preise für anerkannt gute Qualitätswaren besondere Preisvorzelle und gewährt einen beschaffen Schenkungen adäquater Mädel- und Seiten-Ausstattungen hat sich die Firma Dertel gut in den Rahmen der in der Gegend bestehenden Spezial-Geschäfte einreicht und wünscht wir derselben auch in den neuen Lokalitäten den besten Erfolg.

Bulach

Arbeiter-Schützenverein. In der Krone in Bulach wurde in der verflochtenen Woche der **Freie Schützenverein Bulach-Heierheim** gegründet. Von den benachbarten Ortschaften Rüppurr und Karlsruhe waren Genossen anwesend, welche die Glückwünsche ihrer Vereine überbrachten. Nach einem Referat des Gen. Zähringer-Rüppurr meldeten eine stattliche Anzahl von Soortgenossen ihren Beitritt an. Die vorläufige Verwaltung, die in der Gründungsverammlung gewählt wurde, besteht aus dem Gen. Baumann, 1. Vorsitzender, dem Gen. Rostad, 2. Vorsitzender, Gen. Blum, Techniker, dem Gen. Wächter, Kassier, dem Gen. Schweitzer, Amt-, Schriftführer und den Gen. Boeller Stef. und Seeger als Beisitzer.

Der junge Verein vollzieht selbstverständlich seinen Anschluss an das Arbeiterportkartell und den Arbeiterbüchsenbund. Der Karlsruher Bezirk des Arbeiterbüchsenbundes entwidelt sich dank seiner erfrischenden Funktionäre sehr günstig. Noch stehen Arbeiter und Gefährtenvereine, die Schützenport treiben, in bürokratischen Schützenvereinen. Sie für uns zu werben, soll künftig unsere Arbeit sein.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Heute nacht sog ein Tiefdruckausläufer vorüber, der im ganzen Lande Gewitter gebracht hat. Von Westen her wird aber wieder baldige Aufbesserung einsehen. Die Luftfeuchtigkeit ist gegenwärtig wieder sehr hoch geworden, weshalb mit gesteigerter Gewittertätigkeit gerechnet werden muß.

Wetterausichten für Donnerstag, den 7. Juli: Zeitweise heiter und schwül, Wärmegewitter.

EISERNE FRONT

Bezirk Rüppurr
Donnerstag, 7. Juli, 8.30 Uhr, Zusammenkunft Schützenhaus. Wir richten an die Genossen und Kollegen die bringende Bitte, sich uns anzuschließen.

Sehr billig!

- Solange Vorrat!**
- Erdbeeren Pfund 25^h
 - Heidelbeeren Pfund 26^h
 - Blumenkohl zarte Köpfe, von 20^h an
 - Kopfsalat 3 große Köpfe 10^h
 - Matjesheringe 3 Stück 24^h
 - Neue Kartoffeln 10 Pfund 70^h
- Van Houten Kakao** eisgekühlt, sehr erfrischend
Kostproben gratis!
- Puddingpulver sortiert, Paket 5^h
 - Schokolade-Pudding Paket 7^h
 - Himbeersaft 1/2 Liter 98^h
 - Citronenmost 1/2 Liter-Flasche 85^h
- Vollmilch-Schokolade 85^h**
5 Tafeln à 100 gr.

KNOPF

Wir zeigen die **ERÖFFNUNG** unserer neuen Verkaufsräume und Werkstätten **KAISERSTR. 191** an und gewähren aus diesem Anlass als ganz besondere Preisvergünstigung einen **ERÖFFNUNGS-RABATT!** Beachten Sie bitte unsere Schaufenster **CHRIST. OERTEL** Wäsche- und Betten-Ausstattungen **Jetzt: Kaiserstr. 191** zwischen Wald- und Herrenstraße

Bekanntmachung
Landeshundewahl betr. Der Beginn der Wahlzeit wird einheitlich auf **1/4 11 Uhr** festgelegt mit Rücksicht auf die Wahlbeiräte, in denen der Hauptgottesdienst schon um **1/2 10 Uhr** beginnt.
Karlsruhe, den 4. Juli 1932.
Evang. Kirchengemeinderat:
Dr. Dölter

Der Blitz am Mittwoch

3 Serien Bade-Anzüge reine Wolle
zum größten Teil „Trockenwolle“, Einzelstücke in modernen Mustern
3.90 2.90 2.20

3 Serien Frottier-Handtücher
gute Qualitäten
1.50 -90 -50

BURCHARD

Studentenhaus
Freitag, den 8. Juli, 9-9 Uhr
Tanz-Abend
Marthe Krüger
Wladimir Karnecky
chem. Mitglied d. russ. Ballets
S. Diaghilew.
Karten zu 4,-, 3,-, 2,-, 1,50 und 1,- Mk. im Vorverkauf bei **Dielefeld** am Marktplatz und bei **Kurt Neufeldt**, Waldstr. 81

1 gute Ziege
Gut erhaltener Waisfessel, ebenf. nur Geäst, zu kaufen gesucht zu kaufen gesucht. Offenst. 32, bart. Schürst. 1, III rechts.

Wer hat einen **Büfett** zu verkaufen? Angebote u. J. 1223 an d. Volkshaus.

Wunderschönes, modernes **Speisezimmer-Büfett**
echt Eiche mit echt kaukasisch Nubb.
160.-
„Ich hätte nicht geglaubt, für diesen Preis ein so schönes, eichen. Wohnzimmers-Büfett kaufen zu können.“
Sie bestimmen sagen, wenn Sie solches sehen. Sie können sich seine größere Freude als durch Kauf dieses Büfets bereiten. Dieser niedrige Preis war nur durch einen Ausnahmeverkauf unserer Lieferfirmen möglich. Das Büfett ist kastenförmig, sehr geräumig, die Ecken sind abgerundet, samt. Flächen sind voll und abgesperkt, Innen-schubladen, Türen innen Mahagoni. Der Aufsatz hat gebogene Kristallflächen, innen ebenfalls Mahagoni, die Türen mit modernen Nubbsummulierteisen. Was Ihnen für den Preis von 160.- hier geboten wird, ist bestimmt eine Spitzenleistung. Ihr altes Zimmer nehmen wir in Zahlung, d. Rest können Sie in Raten zahlen.
mobilia MarxKahn
Waldstraße 22 (neben Colosseum)

Ist das billig?

800 praktische und kleidsame Hauskleider

In voller Weite und Länge, in den Größen 42-48

aus künstlicher Wäsche, gestreift Oberteil mit einfarbigen Rock, Panama in den Farben grün, rosa und hellblau, **Cretonne** in aparten dunklen Mustern.

In 8 Ausführungen, wie Abbildung und ähnlich **alle indanthren**

Zum Einheitspreis **2.95**

Verkauf auf Extrastischen im Erdgeschoss

HERMANN TIETZ KARLSRUHE

Zur Einmachzeit
empfehlen wir unseren Mitgliedern:

- Kristallzucker** Pfund 37^h
- Grießzucker** Pfund 39^h

Bei Abnahme von 100 Pfund 1-Pfennig billiger das Pfund

- Opekta (Einmachhilfe)** Paket 23 u. 45^h
- Opekta, flüssig** Flasche 86^h u. 1.53^h
- Cellophanpapier** Packung 25^h
- Salzylpulver** Paket 7^h
- Salzylpapier** Rolle 15^h

Abgabe nur an Mitglieder.

Lebensbedürfnisverein

Einladung.
Am Dienstag, den 19. Juli 1932, abends 8 Uhr, findet im Saale der Gesellschaft Eintracht, Karl-Friedrich-Straße Nr. 30 eine **außerordentliche General-Versammlung**

statt, wozu unsere Genossen hiermit höflichst eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Genehmigung der neuen Satzung.
2. Rechnungen.
Der neue Satzungsentwurf liegt in unserer Geschäftsstelle zur Einsicht auf. Zutritt zur Generalversammlung haben nur Mitglieder.

Gemeinnützige Baugenossenschaft Harbwardfeldlung
Karlsruhe e. G. m. b. H.
Der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats: Prof. W. Meßler.

Bürgerfeuer der Arbeitnehmer.
Arbeitgeber, die bürgerfeuerpflichtige Arbeitnehmer beschäftigen, haben die von den Arbeitnehmern auf den Steuerarten 1932 angeforderte Bürgerfeuer in den vorgeschriebenen Zeitbeiträgen bei den nächsten auf die Fälligkeit folgenden Lohn- oder Gehaltszahlungen einzubehalten und binnen einer Woche an die Stadthauptkasse abzuführen. Bis jetzt waren die auf 10. und 24. der Monate Januar, Februar, März, April, Mai und Juni 1932 fällig gewordenen Zeitbeiträge einzubehalten und abzuführen.
Bei seiner Verpflichtung zur Abführung der Bürgerfeuer nicht rechtzeitig nachkommt, hat der Arbeitgeber, den 4. Juli 1932.

Einladung.
Am Dienstag, den 19. Juli 1932, abends 8 Uhr, findet im Saale der Gesellschaft Eintracht, Karl-Friedrich-Straße Nr. 30 eine **außerordentliche General-Versammlung**

statt, wozu unsere Genossen hiermit höflichst eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Genehmigung der neuen Satzung.
2. Rechnungen.
Der neue Satzungsentwurf liegt in unserer Geschäftsstelle zur Einsicht auf. Zutritt zur Generalversammlung haben nur Mitglieder.

Gemeinnützige Baugenossenschaft Harbwardfeldlung
Karlsruhe e. G. m. b. H.
Der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats: Prof. W. Meßler.

Günstige Gelbanlage
1 etw. mod. Polstisch, 2 Nachtt. mit Spiegel und Karmor, 2 Sof. Bettstellen 190^h, auch Einzelabgabe, 1 Kleiderschrank, 1 Kuchenschiff 70^h, 1 Kompl. eich. Schloß, 180 cm Schrank abgr. 370^h, 1 eich. Büchse, prima Schreinerwerk, 200^h, 3589 Amalienstr. 79, Kuchgeb.

Romplettes, neues 90 g Silberbesteck
mit Garantiezeichen umhändelhalber für 60^h zu verkaufen. Westf. Ang. unter Nr. 630 an den Volksfreund.

2 m guter neuer Schw. Herrentasche 150cm breit 8^h, dunkles Käfigkleid Gr. 52 3^h, 4, Weises Wollekleid Gr. 42, modern 4^h, 4, Heller mod. Mantel Gr. 42-44 auf Seitenunter 4^h, 4, Kaiserallee 51a, Seitenb. 1. r.

Starke Herrenfahr- rad (Mabeno) billig zu verkaufen. Rüppurrer Str. 7, 5. II.

Damen- u. Herren-Fahrrad noch neu, stannend billig abzug. Kaiserstr. 41, Vaden.

klüger Eisigrank feiner zu verl. Kaiserstr. 219, II. R1244

Eisen- u. Herdreparatur l. fach. Ausfüh. bei billig. Berechnung. D. Krause, Kaiserstr. 219, II. R1244

Plannkuch-Waren helfen sparen!

Alles zum Einmachen!
Kristallzucker, Grießzucker
Sämtliche Einmachgewürze:
Oethers Einmach-Hilfe
Salzyl-Pergamentpapier
Einmach-Cellophan
Rote und weiße Gelatine
„Opekta“ das ideale Gellermittel

Ansetz - Branntwein Pfannkuch